

N i e d e r s c h r i f t

**der 30. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
29.03.2017**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 14:00 Uhr bis 17:35 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Hendrik Lange	Stadtratsvorsitzender, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:32 h
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:34 h
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:30 h
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:55 h
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frank Sänger	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 15:30 h
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Manuela Hinniger	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Renate Krimmling	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 14:18 h
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 14:40 h
Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Bernward Rothe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähmig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 17:12 h
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Marko Rupsch	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, Teilnahme ab 14:15 h
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Markus Klätte	Stadtrat

Gerhard Pitsch

Stadtrat

Verwaltung

Egbert Geier
Uwe Stäglin
Dr. Judith Marquardt
Katharina Brederlow
Sabine Ernst
Oliver Paulsen
Marco Schreyer
Maik Stehle

Bürgermeister
Beigeordneter
Beigeordnete
Beigeordnete
Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Grundsatzreferent
Leiter Fachbereich Recht
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Ulrich Peinhardt
Helmut-Ernst Kaßner
Alexander Raue

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Stadtrat
Stadtrat

zu **Einwohnerfragestunde**

Die Einwohnerfragestunde wurde von dem Stadtratsvorsitzenden **Herrn Hendrik Lange** eröffnet.

zu **Herr Müller zur Aula der Zweiten Integrierten Gesamtschule Halle**

Herr Müller sagte als Schulsprecher der Zweiten Integrierten Gesamtschule, dass ein Schulkonzept der Schule vorliegt und sie sich wünschen, dass die Stadt investiert und Initiative zeigt für den Bau der Aula. Er bat die Situation zu überdenken, auch im Sinne der Kinder. In dem Zuge lud **Herr Müller** den Oberbürgermeister in die Schule ein, um sich vor Ort einen Überblick zu verschaffen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bedankte sich für die Einladung und nahm diese an. Er wies nochmals darauf hin, dass die Verwaltung sich an gesetzliche Notwendigkeiten halten müsse. Er sei aber für einen Kompromiss offen.

zu **Frau Kramm zur finanziellen Umverteilung im Jobcenter**

Frau Kramm knüpfte an ihre Frage vom Februar 2016 an. Aus der Bundestagsdrucksache 18/8575 entnahm sie die Zahlen zur finanziellen Umverteilung der Gelder in Jobcentern und Arbeitsagenturen im Bundesgebiet. Aus ihrem Schreiben an Frau Bundestagsabgeordnete Nahles zitierte sie. Die Verringerung der Gelder für Langzeitarbeitslose und die steigenden Kosten für die Verwaltung verärgern **Frau Kramm**. Intensiver Kontakt zwischen Politikern und Bürgern aus allen Schichten, sollte nicht nur zum Wahlkampf gepflegt werden. **Frau Kramm** fragte, wann das Problem der Langzeitarbeitslosen eine Weiter- oder Ausbildung zu bekommen, gelöst wird.

Frau Brederlow erklärte zum Jobcenter Halle, dass hier keine weitere Umverteilung von Eingliederungsleistungen in Verwaltungskosten stattfindet bzw. diese zurückgestellt wird. Das Thema dauerhafter sozialer Arbeitsmarkt wurde auch im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss diskutiert; zuständig ist allerdings der Bundesgesetzgeber.

zu **Herr Fritz zum Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 106 Planena**

Herr Fritz bezog sich auf den Wirtschaftsweg zwischen der Ansiedlung und der Schleusenbrücke in Planena. Diese wassergebundene Schotterstraße soll ausgebaut werden mit einer Asphaltoberfläche und einer hydraulischen Bodenverfestigung mit einer Gesamtdicke des vollgebundenen Oberbaus mit 50 cm. In einem ähnlichen Fall wurden 178.000 € verbaut und nach festgestellter Überkompensation wurden 48.000 € zurück gefordert. **Herr Fritz** fragte, warum die Verwaltung in diesem Fall nicht von einer Überkompensation ausgeht.

Herr Stäglin sagte, das Beispiel ist nicht zu übertragen. Es liegt ein Gutachten mit einer Empfehlung vor und die Bewilligungsbehörde prüft genau und achtet auf eine nachhaltige Ausführung im Hochwasserbereich.

Herr Fritz würde gern das Gutachten und den Bewilligungsbescheid einsehen. Er fragte, ob der Ausbau des Weges im Zusammenhang mit dem Saaleradwanderweg steht.

Herr Stäglin sagte, es gibt hier auf dem Weg bezogen eine entsprechende Ausführung. Die Wege in der Aue werden durch unterschiedliche Nutzer befahren. Der Ablauf bezüglich der Akteneinsicht sei Herrn Fritz bekannt.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 30. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Hendrik Lange**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es waren 46 Mitglieder des Stadtrates (80,7 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Lange informierte, dass die Beratungsfolge der Vorlage

- 7.3. Konzeption für die Beleuchtung der öffentlichen Verkehrsanlagen der Stadt Halle (Saale) und Maßnahmeplanung
Vorlage: VI/2016/02615

dahingehend angepasst wurde, dass eine zusätzliche Beratung im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten und Hauptausschuss vorgesehen ist.

Des Weiteren wurden die Vorlagen und Anträge

- 7.4. Bericht zu den vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 141 BauGB für das „Stadtteilzentrum Neustadt“
Vorlage: VI/2017/02810
- 7.6. Bebauungsplan Nr. 181 „Zentrum Neustadt – Scheibe A“ - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02515
- 7.7. Förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets „Stadtteilzentrum Neustadt“
Vorlage: VI/2017/02763
- 8.3. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDPFraktion) zur Aufwertung des halleschen Busbahnhofes
Vorlage: VI/2017/02787
- 8.4. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum städtischen Beteiligungsmanagement
Vorlage: VI/2017/02776
- 9.1. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und CDU/FDP zur Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: VI/2017/02843

in den Fachausschüssen vertagt.

Auf Grund von weiterer interner Abstimmung, wird die

- 11.1. Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse
Vorlage: VI/2017/02868

ebenfalls vertagt.

Herr Lange verwies auf folgende Dringlichkeitsvorlage und bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung:

Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2017/02925

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
mit mehr als 2/3 Mehrheit**

Des Weiteren informierte **Herr Lange** über folgende Änderungen und Ergänzungen:

TOP 7.11

Gestaltungshandbuch Stadtbahnprogramm (Zeichnungsteil mit Anlagen sowie Regelkatalog)
– Gestaltungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02146

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM vor, Behandlung unter TOP 7.11.1**

TOP 8.2

Antrag der Fraktionen des Stadtrates Halle (Saale) zur Änderung der Stadtratsgeschäftsordnung
Vorlage: VI/2017/02781

→ **Beschlussvorschlag geändert**

TOP 9.3

Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Errichtung eines innenstadtnahen Parkhauses
Vorlage: VI/2017/02847

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) vor, Behandlung unter TOP 9.3.1**

TOP 9.6

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beteiligung am Bundeswettbewerb "Klimaschutz durch Radverkehr"
Vorlage: VI/2017/02882

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters vor, Behandlung unter TOP 9.6.1**

- 7.10. Widmung eines Teils der Straße Am Bruchsee (Gehweg zum Neustadt-Centrum)
Vorlage: VI/2017/02754
- 7.11. Gestaltungshandbuch Stadtbahnprogramm (Zeichnungsteil mit Anlagen sowie Regelkatalog) – Gestaltungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02146
- 7.11.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Gestaltungshandbuch Stadtbahnprogramm (Zeichnungsteil mit Anlagen sowie Regelkatalog) – Gestaltungsbeschluss (VI/2016/02146)
Vorlage: VI/2017/02889
- 7.12. „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ Förderfestlegung für die barrierefreie und energetische Erweiterung und Sanierung des Foyers an der Westseite des Steintors
Vorlage: VI/2017/02715
- 7.13. Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2017 bis 31.12.2017
Vorlage: VI/2016/02526
- 7.14. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2017/02925
8. Wiedervorlage
- 8.1. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zum Anbau einer Aula für die Zweite Integrierte Gesamtschule Halle
Vorlage: VI/2017/02780
- Erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters -
- 8.2. Antrag der Fraktionen des Stadtrates Halle (Saale) zur Änderung der Stadtratsgeschäftsordnung
Vorlage: VI/2017/02781
- 8.3. *Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Aufwertung des halleschen Busbahnhofes*
Vorlage: VI/2017/02787 vertagt
- 8.4. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum städtischen Beteiligungsmanagement*
Vorlage: VI/2017/02776 vertagt
- 8.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bereitstellung einer öffentlichen Toilette im Bereich des Saalestrandes auf der Ziegelwiese
Vorlage: VI/2017/02701
9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. *Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und CDU/FDP zur Änderung der Hauptsatzung*
Vorlage: VI/2017/02843 vertagt

- 9.2. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Verlängerung der Schleusenzeiten auf der Saale
Vorlage: VI/2017/02878
- 9.3. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Errichtung eines innenstadtnahen Parkhauses
Vorlage: VI/2017/02847
- 9.3.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Errichtung eines innenstadtnahen Parkhauses
Vorlage: VI/2017/02927
- 9.4. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Erweiterung des städtischen Gremiums „Runder Tisch Radverkehr“
Vorlage: VI/2017/02848
- 9.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung
Vorlage: VI/2017/02879
- 9.6. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beteiligung am Bundeswettbewerb "Klimaschutz durch Radverkehr"
Vorlage: VI/2017/02882
- 9.6.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beteiligung am Bundeswettbewerb „Klimaschutz durch Radverkehr (Vorl.-Nr.: VI/2017/02882)
Vorlage: VI/2017/02898
- 9.7. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Transparenz von städtischen Grundstücksgeschäften
Vorlage: VI/2017/02886
- 9.8. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erhöhung der Mittel für die Jugendarbeit
Vorlage: VI/2017/02862
- 10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10.1. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Vergabeverfahren der Stadt
Vorlage: VI/2017/02855
- 10.2. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung Schülershof und angrenzender Bereiche
Vorlage: VI/2017/02856
- 10.3. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Parkplatzangebot in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2017/02871
- 10.4. Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zu Reisebusparkplätzen im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2017/02850

- 10.5. Anfrage des Stadtrates Ulrich Peinhardt (CDUFDP-Fraktion) zur Analyse von Wegebeziehungen
Vorlage: VI/2017/02870
- 10.6. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Tätigkeit der Schiedsstellen
Vorlage: VI/2017/02858
- 10.7. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Zukunft der Garagenkomplexe auf städtischem Grund
Vorlage: VI/2017/02859
- 10.8. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Kulturtreff Halle-Neustadt
Vorlage: VI/2017/02872
- 10.9. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Forsteinrichtung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2017/02873
- 10.10. Anfrage des Stadtrates Sten Meerheim (Fraktion DIE LINKE) zur Installation einer Elektroanlage
Vorlage: VI/2017/02874
- 10.11. Anfrage der SPD-Fraktion zu LQE-Verhandlungen und dem Betrieb von Kindertagesstätten
Vorlage: VI/2017/02779
- 10.12. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einrichtung weiterer Coworking Spaces
Vorlage: VI/2017/02876
- 10.13. Anfrage der SPD-Fraktion zur verkehrlichen Situation in Heide-Süd
Vorlage: VI/2017/02877
- 10.14. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Parksituation im Bereich Schülershof und Zapfenstraße
Vorlage: VI/2017/02883
- 10.15. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bedarfslage Hospize
Vorlage: VI/2017/02887
- 10.16. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Teilnahme am Landesprojekt "Integrationslotsen"
Vorlage: VI/2017/02875
- 10.17. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Fahrradparken am Hauptbahnhof
Vorlage: VI/2017/02881
- 10.18. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Parkbevorrechtigungen für Hebammen und Entbindungshelfer
Vorlage: VI/2017/02884
- 10.19. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Fahrgastzahlen der HAVAG
Vorlage: VI/2017/02885

- 10.20. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Standplätzen auf dem Marktplatz
Vorlage: VI/2017/02861
- 10.21. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden
Vorlage: VI/2017/02864
- 10.22. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Wiederaufforstung der Dölauer Heide
Vorlage: VI/2017/02865
- 10.23. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur ASD-Personalsituation
Vorlage: VI/2017/02866
- 10.24. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Rannischen Platz
Vorlage: VI/2017/02867
- 10.25. Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zum Bau von Moscheen
Vorlage: VI/2017/02851
- 10.26. Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zu einer Bürgerversammlung im Südpark
Vorlage: VI/2017/02852
11. Mitteilungen
- 11.1. *Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse*
Vorlage: VI/2017/02868 vertagt
- 11.2. Herr Rothe zum Catering
12. mündliche Anfragen von Stadträten
- 12.1. Anfrage Herr Schied zur Realisierung von Parkplätzen
- 12.2. Anfrage Frau Hinniger zur Ampelanlage Magdeburger Straße/Anhalter Straße
- 12.3. Anfrage Frau Krimmling zur Nutzung von Park-and-Ride-Plätzen
- 12.4. Anfrage Herr Scholtyssek zur Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 34 "Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost"
- 12.5. Anfrage Frau Dr. Brock zu Weiterbildungen zum Thema Trans- und Intersexualität
- 12.6. Anfrage Herr Krause zum Rettungsdienst
13. Anregungen
- 13.1. Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Ergänzung des Beschlusses über die Grundsätze der Entwicklung des Hauptstraßennetzes im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans Halle 2025 (VI/2016/02350)
Vorlage: VI/2017/02863

- 14. Anträge auf Akteneinsicht
- 14.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in alle Verwaltungsunterlagen zum städtischen Objekt Hardenbergstraße 23
- 14.2. Antrag aller Fraktionen auf Akteneinsicht in eine Personalakte

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 22.02.2017

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift vom 22.02.2017.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

- zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 22.02.2017
Vorlage: VI/2017/02853**
-

Herr Lange teilte mit, dass die in nicht öffentlicher Sitzung des Stadtrates vom 22.02.2017 gefassten Beschlüsse im Foyer des Stadthauses ausgehängt wurden und im Amtsblatt nach Bekanntgabe veröffentlicht werden.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Es lag kein Bericht des Oberbürgermeisters im öffentlichen Teil der Stadtratssitzung vor.

zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Da kein Bericht des Oberbürgermeisters vorlag, fand keine Aussprache statt.

zu 7 **Beschlussvorlagen**

zu 7.1 **Wasserwehrsatzung der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: VI/2016/02474**

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Wasserwehrsatzung der Stadt Halle (Saale).

zu 7.2 **Machbarkeitsstudie Ruhender Verkehr am nördlichen Altstadtring** **Vorlage: VI/2016/02534**

Herr Wolter fragte zur Planung des Friedemann-Bach-Platzes: Wie ist der Verfahrensstand, welche Details sind geplant und wie wird der Stadtrat einbezogen?

Herr Stäglin antwortete, dass es keine neuen Informationen gibt. Eine Idee zur Aufwertung des Friedemann-Bach-Platzes gibt es allerdings. Entsprechend dem Gutachten ist keine Parkgarage geplant und im Haushalt kein Projekt vorgesehen.

Herr Feigl beantragte EinzelpunktAbstimmung für diesen Tagesordnungspunkt. Die im Gutachten aufgeführten Verbesserungen, zum Beispiel des öffentlichen Personennahverkehrs und von Park & Ride Plätzen, sieht er als vordringlich. Die Verlegung der Parkplätze Friedemann-Bach-Platz in ein Parkhaus könnte er auch nachvollziehen. Aber die Umsetzung des Projektes führt zu einem Aufwuchs der Parkplätze in der Altstadt und würde noch mehr Verkehr erzeugen. Der funktionierende Status quo sollte nicht verändert werden. Es fehlt nach Meinung von **Herrn Feigl** auch eine erneute verkehrliche Untersuchung. Ein neues zusätzliches Parkhaus an einer so sensiblen Stelle wird er ablehnen.

Herr Scholtyssek meinte, es fehlen Parkplätze in der Innenstadt. Neben den Parkplätzen Friedemann-Bach-Platz würde ein neues Parkhaus die Parksituation besonders für die Besucher der Oper erleichtern. Nach der Machbarkeitsanalyse steigt die Belegung dort in den Abendstunden und am Wochenende um 100%.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	EinzelpunktAbstimmung
	Pkt. 1 einstimmig zugestimmt
	Pkt. 2 mehrheitlich zugestimmt
	Pkt. 3 mehrheitlich zugestimmt
	Pkt. 4 einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Abschlussbericht der Machbarkeitsstudie Ruhender Verkehr am nördlichen Altstadtring in Halle (Saale) wird zur Kenntnis genommen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Voraussetzungen (Baugrund-, Schallgutachten) einer Ausschreibung für Bau und Betrieb eines Parkhauses hinter dem Opernhaus zwischen Kapellengasse und Unterberg, entsprechend Teil 3 des Abschlussberichts (Wirtschaftlichkeitsanalyse für eine neue Parkierungsanlage) zu schaffen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Investorenauswahlverfahren für Bau und Betrieb des genannten Parkhauses ohne Investitionszuschuss der Stadt auf der Grundlage eines funktionalen Leistungsverzeichnisses durchzuführen und dem Stadtrat einen Vergabevorschlag zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die in Teil 4 des Abschlussberichts empfohlenen begleitenden Maßnahmen mit den betreffenden Einrichtungen und Unternehmen mit dem Ziel einer zeitnahen Umsetzung abzustimmen.

**zu 7.5 Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 52 Westlicher Bereich
Stadtteilzentrum Neustadt, 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02266**

Herr Schied erklärte, im Einzelhandels- und Zentrenkonzept wird die Fläche des Neustadt-Centrum mit 14.600 qm ausgewiesen und diese soll um geringfügige 234 qm vergrößert werden. Für ihn ist diese Erklärung irreführend und falsch, da es um eine Flächenerweiterung von mehr als 10% geht.

In vorab eingereichten Fragen zweifelt Herr Schied die Daten des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes an, da es unterschiedliche Angaben über die flächenmäßige Größe des Neustadt-Centrums gibt.

Herr Stäglich antwortete, dass die Zahl im Einzelhandels- und Zentrenkonzept steht. Bei der Bestandsaufnahme 2010 wurde nur die belegte Fläche aufgenommen und es kann nicht mehr ermittelt werden, wie groß die nicht belegte Fläche war. Der 200 qm Unterschied zum Vorhaben- und Erschließungsplan wurde als Toleranz betrachtet. **Herr Stäglich** sagte, dass zukünftig leerstehende Flächen beachtet werden. Es war ein erheblicher Prozess zur Ermittlung der real genutzten Fläche. Die Frage ist, ob man einen gewissen Erweiterungsspielraum im Centrum haben möchte. Nach dem Gutachten von Junker und Kruse ist dies auf 16.000 qm möglich, jedoch mit einer bestimmten Sortimentsbeschränkung.

Herr Schied verwies auf das Einzelhandels und Zentrenkonzept, welchem bei der Analyse Daten aus umfassender Bestandserhebung aller Einzelhandelsbetriebe inklusive Leerstände vorlagen.

Herr Stäglich bedankte sich für den Hinweis. Die Fragen werden im Ausschuss für Planungsangelegenheiten beantwortet.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, den Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 52 Westlicher Bereich Stadtteilzentrum Neustadt (Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Halle vom 03.12.1998) zu ändern (1. Änderung).

2. Der Geltungsbereich der 1. Änderung umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellte Fläche. Der Geltungsbereich der 1. Änderung umfasst den Geltungsbereich des Vorhaben- und Erschließungsplanes Nr. 52 mit ca. 4,64 ha.
3. Der in der beigefügten zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung benannte Änderungsumfang wird gebilligt.
4. Die 1. Änderung soll im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB durchgeführt werden.

zu 7.8 Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 106 Planena
Vorlage: VI/2016/02657

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahmen Nr. 106 Planena Landstraße und Wirtschaftsweg von der Ansiedlung Planena zur Schleuse Planena entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013). Als Zusatzmaßnahme wird der Ausbau des Saale-Radweges von der Stadtgrenze bei Rattmannsdorf bis zum Saale-Wehr/Wasserkraftanlage Planena beschlossen.

zu 7.9 Teileinziehung eines Teilstücks der Ludwig-Wucherer-Straße (zwischen Emil-Abderhalden-Straße und der Straße Am Steintor)
Vorlage: VI/2017/02711

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Teileinziehung eines Teilstücks der Ludwig-Wucherer-Straße (zwischen Emil-Abderhalden-Straße und der Straße Am Steintor) nach § 8 Abs. 3 Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA).
2. Die Stadtverwaltung veranlasst die öffentliche Bekanntmachung der Absicht der Teileinziehung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Teileinziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

zu 7.10 Widmung eines Teils der Straße Am Bruchsee (Gehweg zum Neustadt-Centrum)
Vorlage: VI/2017/02754

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, die Widmung eines Teils der Straße Am Bruchsee (Gehweg zum Neustadt-Centrum) zur Gemeindestraße zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

zu 7.11 Gestaltungshandbuch Stadtbahnprogramm (Zeichnungsteil mit Anlagen sowie Regelkatalog) – Gestaltungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02146

zu 7.11.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Gestaltungshandbuch Stadtbahnprogramm (Zeichnungsteil mit Anlagen sowie Regelkatalog) – Gestaltungsbeschluss (VI/2016/02146)
Vorlage: VI/2017/02889

Herr Wolter führte in den Änderungsantrag seiner Fraktion ein. Die Beschlussvorlage sollte gewisse Standards für andere Planungsbereiche beinhalten. Bei großen Baustellen kann es Übergangssituationen geben, die nach bestimmten Standards weitergeführt werden müssen. Ohne Definition, meinte er, ist dies schädlich für die Gesamtplanung. Er sei der Meinung, dass die historische Stadtstruktur Priorität A haben solle.

Herr Feigl teilte mit, dass der Antrag nicht die gesamte Stadtsituation definiert, sondern nur die im Bereich von Straßenbahnen. Er plädierte für die Ablehnung des Antrages.

Herr Scholtyssek sagte, er findet die im Gestaltungshandbuch bis ins Detail aufgezählten Vorhaben für überzogen und würde das Personal eher für die Planung einsetzen.

Herr Stäglin berichtete, dass dieses Produkt mit der HAVAG erarbeitet wurde und in der Praxis eine Vereinfachung sein soll. Deshalb wurde das Regelwerk bis ins Detail durchformuliert.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und Herr Lange bat um Abstimmung des Änderungsantrages und der Vorlage.

zu 7.11.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Gestaltungshandbuch Stadtbahnprogramm (Zeichnungsteil mit Anlagen sowie Regelkatalog) – Gestaltungsbeschluss (VI/2016/02146)
Vorlage: VI/2017/02889

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Beschlussvorlage Gestaltungshandbuch Stadtbahnprogramm (Zeichnungsteil mit Anlagen sowie Regelkatalog) – Gestaltungsbeschluss (VI/2016/02146) mit der Ergänzung folgender Beschlusspunkte:

3. Über die im Gestaltungshandbuch festgelegten städtischen Räume (Kategorie 1-4, siehe S. 5 im Regeldetaillkatalog) hinaus sollen die gestalterischen Richtlinien für die gesamte Stadt angewendet werden.
4. Für die Umsetzung der Vorgaben des Gestaltungshandbuches wird für jeden konkreten Projektfall die Prämisse zum Erhalt der historischen Besonderheit der Stadt Halle (Saale) festgelegt.

**zu 7.11 Gestaltungshandbuch Stadtbahnprogramm (Zeichnungsteil mit Anlagen sowie Regelkatalog) – Gestaltungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02146**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt das von der Verwaltung vorgelegte „Gestaltungshandbuch Stadtbahnprogramm Halle“.
2. Das „Gestaltungshandbuch Stadtbahnprogramm Halle“ ist bei der Planung von Stadtbahnprogrammmaßnahmen als grundsätzliche Handlungsrichtlinie zu beachten.

**zu 7.12 „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ Förderfestlegung für die barrierefreie und energetische Erweiterung und Sanierung des Foyers an der Westseite des Steintors
Vorlage: VI/2017/02715**

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Im Mitwirkungsverbot gemäß §33 KVG befand sich: Rudenz Schramm

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die barrierefreie und energetische Erweiterung und Sanierung des Foyers an der Westseite des Steintors mit einem maximalen Zuschuss in Höhe von 1.185.699,93 € zu fördern.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den erforderlichen Vertrag abzuschließen.

**zu 7.13 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2017 bis 31.12.2017
Vorlage: VI/2016/02526**

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung als Teilplanung der Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII für den Zeitraum vom 01.01.2017 bis 31.12.2017. (Anlage 1)
2. Der Stadtrat beschließt die gesetzliche Förderung gemäß § 11a KiFöG der im Bedarfs- und Entwicklungsplan ausgewiesenen Kindertageseinrichtungen und stellt die Finanzierung im Haushalt 2017 sicher. (Anlagen 2a und 2b)

zu 7.14 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2017/02925

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme von nachfolgenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen

1. Werbevereinbarung mit der Halleschen Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) in Höhe von 10.690,00 Euro zzgl. Mehrwertsteuer (Produkt 1.55105 Wasserspielanlagen)
2. Sachspende von Werner Stephan, Im Bauernkamp 25, 59071 Hamm in Höhe von 8.680 Euro für eine ortsthematisch zusammengetragene Sammlung von postalischen Ganzsachen zu Halle (PSP-Element 1.25102 - Stadtarchiv)
3. Sachspende des Fördervereins e.V. der Grundschule „Ulrich von Hutten“, Huttenstraße 40, 06110 Halle (Saale) in Höhe von 5.000 Euro für die Umgestaltung des Schulgeländes der GS „Ulrich von Hutten“ zur besseren Nutzung des „grünen Klassenzimmers“ (PSP-Element 1.21101.28 – GS Ulrich von Hutten)

zu 8 Wiedervorlage

- zu 8.1 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zum Anbau einer Aula für die Zweite Integrierte Gesamtschule Halle**
Vorlage: VI/2017/02780
- Erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters -
-

Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Lange

Wir kommen zu den Wiedervorlagen. Hier haben wir den fraktionsübergreifenden Antrag zum Bau einer Aula für die Zweite IGS. Hier muss erneut behandelt werden wegen des Widerspruchs des Oberbürgermeisters. Gibt es Ihrerseits Wortmeldungen?

Herr Senius, bitte.

Herr Senius

Herr Oberbürgermeister, ich möchte die Diskussion, die wir sehr ausführlich das letzte Mal geführt haben, in der inhaltlichen Auseinandersetzung nicht erneut aufmachen.

Möchte aber doch nochmal zum Ausdruck bringen, dass wir von Ihrer Haltung in dieser Angelegenheit enttäuscht sind. Sie haben bei der Verabschiedung des Haushalts für das Jahr 2018 dem Willen des Stadtrates, eine Aula zu bauen, nicht widersprochen. Sie haben noch Finanzierungsvorschläge gemacht. Sie haben dann zu jedem anderen Zeitpunkt, in dem es thematisiert wurde, immer wieder neue Gründe entwickelt, um den Bau einer Aula auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben. Sie haben damit das Verhältnis zum Stadtrat schwer belastet und haben damit Ihre eigene Glaubwürdigkeit bei den Haushaltsgesprächen in Frage gestellt.

Ich empfehle Ihnen dringend, Ihre Haltung zu der Einlegung des Widerspruchs nochmal zu überdenken. Zeigen Sie sich wirklich so offen, wie Sie es gerade der Elternvertretung der Schule zugesichert haben, behindern Sie nicht weiter den Bau einer Aula und lassen Sie zu, dass wir sehr zeitnah jetzt die Planungsleistungen für die Aula auch einbringen können und veranlassen können.

Herr Lange

Gibt es weitere Wortmeldungen?

Bitte, Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Senius, Sie wissen, dass die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Das heißt, ich möchte auch eine Aula bauen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen. Das haben Sie verkannt und deshalb ist es hier keine Verzögerung oder ähnliche Dinge. Sie wissen, eine Notwendigkeit muss vorliegen. Die liegt momentan nicht vor, weil wir wesentliche Brandschutzmaßnahmen vorweg durchführen wollen.

Ich möchte auch eine Aula bauen, das habe ich Ihnen mehrfach deutlich gesagt. Und von daher behindere ich nicht die Arbeit, sondern ich nehme meine gesetzliche Funktion wahr und deshalb wird es dann, wenn Sie darüber entscheiden, dann letztendlich das Landesverwaltungsamt entscheiden müssen. Es sei denn, wir verständigen uns vorher. Das hatte ich eben deutlich gemacht, als der Vertreter der Schule von Seiten der Elternschaft da gewesen ist und deshalb führe ich sehr offen das Gespräch.

Herr Lange

Herr Dr. Meerheim, dann Frau Ranft.

Herr Dr. Meerheim

Ja, eigentlich wäre den Worten von Herrn Senius ja nichts hinzuzufügen. Gestatten Sie dennoch, dass ich noch ein paar Worte dazu sage, zu diesem Widerspruch. Ich glaube, er ist im Wesentlichen unzulässig, weil, er kommt zu spät. Wenn der Widerspruch eingelegt worden wäre mit der Beschlussfassung oder nach der Beschlussfassung des Haushaltes, dann hätte man ja vielleicht dafür Verständnis gehabt. Aber zwei Monate später dies zu tun,

ist, glaube ich, rechtlich nicht zulässig. Aber das werden wir ja dann sehen, wenn er Überprüfung möglicher Weise durch das Landesverwaltungsamt, ob das geht oder nicht.

Sie führen darüber hinaus zwei Argumente dort in Ihrem Widerspruch an, Herr Oberbürgermeister, die glaube ich, nicht stichhaltig sind oder die Sie an anderer Stelle selbst nicht beachten. So muss man sagen. Erstens: Es gibt keinen Zusammenhang zwischen unserem Beschluss zum Bau dieser Aula und der Festlegung darauf, dass diese zu finanzieren sei durch die Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken. Schauen Sie mal bitte in den Haushalt, da steht nichts davon dort, auch wahrscheinlich in dem Haushaltsplanentwurf, den wir beschlossen und den Sie abgegeben haben beim Landesverwaltungsamt.

Zweitens: Sie verweisen dort in Ihrem Widerspruch auf eine Passage aus dem § 11 des KomHV, also der kommunalen Haushaltsverordnung. Das steht dort wunderbar drin, was wir alles vorzulegen haben. Bei Baumaßnahmen müssen insbesondere Pläne, Kostenberechnung und Erläuterungen vorliegen, aus denen die Art der Ausführung, der finanzielle Umfang der Maßnahme mit den voraussichtlichen Jahresraten unter Angabe der Zuschüsse Dritter und ein Bauzeitplan im Einzelnen ersichtlich sind. Dann steht da noch drin: Die Notwendigkeit einer Ausnahme sind in den Erläuterungen zu begründen.

Jetzt frage ich Sie. Von den Investitionsmaßnahmen, die wir im Haushalt stehen haben, was hat davon, von dem was Sie hier zitiert haben, jemals den Stadträtinnen und Stadträten in der Haushaltsdiskussion vorgelegen? Jemals? Ist dieses Zitat jetzt nur gebracht worden, weil es Ihnen um die Aula geht bzw. um die geht es Ihnen ja nicht. Sie wollen Sie ja nicht bauen oder erst zu einem Zeitpunkt, wo es wahrscheinlich dann wesentlich teurer wird als sie jetzt in die Planung mit einzubeziehen.

Kriegen wir dann bei dem nächsten Haushaltsplanentwurf, wenn es um Investitionen geht, all das, was jetzt hier in diesem kleinen Abschnitt geschrieben steht, vorgelegt? Dann würden wir wahrscheinlich mit unserer Klausurberatung, die Sie jetzt vorhaben, für die Haushaltsberatung durchzuführen für 2018, nicht ausreichen. Dann würde die Zeit, auch in den Fachausschüssen, die sich damit beschäftigen müssen – sprich Planungsausschuss und Bauausschuss – wahrscheinlich nicht ausreichen. Insofern halte ich dieses Argument, was Sie hier vorgetragen haben, für nicht sachdienlich, weil, es würde uns und Sie in unserer Arbeit in den Ausschüssen kolossal behindern und damit an der Stelle auch nicht für gerechtfertigt.

Herr Lange

So, Frau Ranft. Bitte.

Frau Ranft

Der Oberbürgermeister führt ja drei Argumente an, die die Rechtswidrigkeit zeigen sollen. Da wurde ja jetzt schon darauf hingewiesen. Ich hätte gerne eine schriftliche Antwort zu dem ersten Argument und zwar sagen Sie dort, dass an anderen Schulen sei ein Stau von 40 Millionen Euro für Sanierungs- und Brandschutzmaßnahmen und die müssten zuerst durchgeführt werden. Und erst wenn die realisiert worden sind, dann wird quasi, geht es an die Aula.

Und ich hätte gern eine Antwort auf meine beiden Fragen: Will der Oberbürgermeister alle anderen Investitionsmaßnahmen in der Stadt stoppen, bis der Sanierungsstau abgebaut wurde? Und die zweite Frage ist: Welche Maßnahmen können dann in 2017 und in den Folgejahren nicht realisiert werden?

Herr Lange

Frau Brederlow soll das beantworten.

Frau Brederlow

Ich fange zunächst erst einmal an, mit dem was Dr. Meerheim gesagt hat. Bezogen auf die Schulen liegt Ihnen sehr wohl seit letztem Jahr eine Bedarfsliste vor, welchen Investitionsbedarf wir an verschiedenen Stellen haben. Das ist nicht nur Brandschutz, das ist auch darüber hinaus eine klare Darstellung, beispielsweise DV-Vorbereitung etc. pp.

Das ist also eine umfangreiche Vorlage, die der Geschäftsbereich Kultur und Sport eingebracht hat.

Aus der geht auch hervor – und das ist eine Diskussion, die führen wir jetzt seit mindestens zwei Jahren – dass die steigenden Schülerzahlen den Druck nochmal erhöhen, genau diese Brandschutzmaßnahmen durchzuführen, damit wir die Räume, die momentan für Unterricht nicht genutzt werden dürfen – die sind schlichtweg eigentlich gesperrt – dass diese Räume für Unterricht auch hergerichtet werden können.

Also das ist die klare Priorität und das nicht erst seit dem letzten Jahr, sondern schon über einen längeren Zeitraum. Und der Druck erhöht sich immer mehr, denn die positive Bevölkerungsentwicklung führt im Endeffekt dazu, dass wir hier immer mehr Räume brauchen.

Wir sind nicht die einzige Stadt, der es so geht, es gibt noch etliche andere. Also insofern – bezogen auf Schulen – kann ich das nicht nachvollziehen, dass Investitionen nicht ausreichend begründet sind.

Was die Fragen von Frau Ranft angeht. Ich kann Ihnen die jetzt nicht – Sie wollen ja auch eine schriftliche Beantwortung – jetzt nicht sagen, welche Maßnahmen man nicht durchführen könnte. Ich sage jetzt mal, wenn wir die Schulen alle machen wollten, könnten wir wahrscheinlich nichts anderes tun in der Stadt, was eine Stadt aber nicht unbedingt lebenswert macht, weil, dann wandern die Menschen, die jetzt gerade hier ihren Wohnraum suchen, auch schnell wieder ab. Also ich denke, auch da ist eine Abwägung notwendig.

Bezogen auf die Aula, wiederhole ich eigentlich das, was ich beim letzten Mal schon gesagt habe, als es um den Antrag ging. Es ist nicht so, dass wir als Verwaltung die Aula nicht wollen. Es gibt durchaus gute Gründe für diese Aula und weitere Projekte, die schon seit längerem auch diskutiert werden – ich denke nur an den Campus in Halle Neustadt. Natürlich gibt es gute Argumente dafür. Aber man muss auch gucken, was hat welche Priorität und die Maßnahmen müssen finanziert sein. Ich kann keinen Baubeschluss einbringen bzw. Vorschlag einbringen, wenn der haushaltsmäßig nicht tatsächlich mit Geld untersetzt ist.

Herr Lange

Herr Schachtschneider.

Herr Schachtschneider

Ja, ich möchte jetzt auch inhaltlich nicht nochmal die ganze Aula oder die gesamte Notwendigkeit einer Aula, ich denke, das haben wir breit diskutiert. Und, ich finde es eigentlich ein bisschen schade, also dass wir jetzt versuchen, da wieder rumzuschieben und es auf andere Baustellen zu schieben. Wir wissen alle, die Baustellen sind groß. Die 40 Millionen, ich habe noch eine andere Zahl, ich glaube, es waren mal so 200 Millionen Sanierungsstau, die wir insgesamt haben, also da war die Zahl noch viel größer, da durften wir überhaupt nichts anfassen und nichts richtig fertig machen.

Interessant fand ich das Angebot vom Oberbürgermeister, es gäbe einen Kompromiss. Könnten Sie das vielleicht mal ein bisschen näher beschreiben, denn ansonsten würden wir heute entscheiden, das Landesverwaltungsamt ist dann in der Entscheidung und wenn es

dem Widerspruch nicht stattgibt, dann wird die Aula ja gebaut. Also, das wär so mein Plan. Aber Ihr Kompromiss, der würde mich jetzt interessieren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das würde ich mit der Schule erstmal besprechen. Sie haben ja gehört, dass die Schulleitung und der Schulelternvertreter mich eingeladen haben, um die Räumlichkeiten vor Ort erstmal anzusehen. Ich kenne die Räumlichkeiten, aber ich komme erstmal gern der Einladung der Schule nach.

Herr Lange

Alles klar. So, Herr Dr. Meerheim.
Dann Herr Feigl und dann Herr Senius.

Herr Dr. Meerheim

Frau Brederlow, Sie haben es ja eigentlich auf den Punkt gebracht. Sie haben gesagt, es geht darum, eine Abwägung zu treffen, um Prioritäten festzulegen. Und das haben wir mit unserem Beschluss gemacht.

Im Übrigen, wenn es denn so ist, dass tatsächlich 40 Millionen – grad war noch eine andere Zahl im Raum – aber die 40 Millionen, die Brandschutzmaßnahmen sozusagen, vorwiegend betreffen, notwendig sind. Wir haben in diesem Jahr 1,4 Millionen Euro für Brandschutzmaßnahmen im Haushalt stehen. Nur dafür.

Jetzt rechnen Sie mal aus, wie lange wir brauchen, wenn wir das jedes Jahr im Haushaltsansatz machen, bis wir mit dem Sanierungsstau durch sind und wahrscheinlich entstehen dann schon woanders wieder neue Probleme in diesem Problemfeld. Und wenn ich dann damit argumentiere und deswegen baue ich dann diese eine Aula nicht, dann sind wir in 10, 15 Jahren noch nicht fertig damit und solange warten wir dann.

Insofern finde ich das nicht ok. Ich verweise nochmal darauf, der Stadtrat hat eine Abwägung getroffen und die hat sich in diesem Beschluss wieder gespiegelt. Und diese politische Abwägung kann nur der Stadtrat treffen. Die Verwaltung macht einen Vorschlag oder auch keinen, der Stadtrat bringt eigene Ideen ein, wenn die Verwaltung da an der Stelle nichts hat, das haben wir in dem Zusammenhang getan. Damit natürlich eine Abwägung getroffen und eine Priorität gesetzt. Und wir möchten einfach, dass dies entsprechend des Haushaltsbeschlusses auch umgesetzt wird. Dankeschön.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich würde ganz gern nochmal deutlich machen, weil Sie sagen, die Schule hätte keine Aula, dann würde ich Ihnen das gern nochmal zitieren: „Für die Umsetzung eines Inklusionskonzeptes sind die räumlichen Voraussetzungen gegeben. Eine Aula ist vorhanden. Im Erdgeschoss erstreckt sich über 210 qm ein großzügiger Speiseraum und Schülercafe, hinzu kommt ein Speiseausgabebereich mit 70 qm.

Die hierfür vorhandenen Raumkapazitäten sind ausreichend und entsprechen dem vergleichbarer Schulen. Zwei Aufzüge erschließen das gesamte Gebäude vom Keller bis zum dritten Obergeschoss. Im dritten Obergeschoss befinden sich zwei Bereiche, ca. 100 qm, b) ca. 120 qm, die auch ausgewiesen sind als Unterrichtsräume bzw. Aula. Jeder dieser Bereiche kann offen und für Unterrichtszwecke durch eine schalldichte Schiebetür in zwei Klassenräume geteilt werden. Der Raumbedarf für eine Ganztagsbeschulung kann damit umgesetzt werden.“

Es gibt eine Aula.

Herr Lange

Alles klar. Herr Feigl.

Herr Feigl

Ich würde ganz gern nochmal nachfragen. Frau Brederlow, habe ich Sie richtig verstanden, dass aktuell das wirklich so ist, dass wir einen Stau haben an Sanierungsmaßnahmen Brandschutz in den Schulen, der sich auf 40 Millionen beziffert und das es dann eine Abwägung gibt, um nicht das andere öffentliche Leben völlig zum Erliegen zu bringen. Das man sozusagen abwägt, einen bestimmten Teil Jahr für Jahr in diese Sanierung hinein zu stecken und die anderen Dinge dann auch zu tun. Der Oberbürgermeister nickt dazu, habe ich richtig verstanden.

Dann kann ich Ihre Argumentation, Herr Oberbürgermeister, nicht ganz verstehen, dass Sie sozusagen die gesetzliche Pflicht – vordringlich die Sanierungsmaßnahmen im Brandschutz müssen unbedingt an erste Stelle gestellt werden – und erst wenn diese abgearbeitet sind, können wir weitere Sachen machen. Dann kann ich nicht nachvollziehen, dass wir durchaus über Investitionsmaßnahmen im Stadtbahnprogramm – vorhin haben wir gerade über ein künftiges Parkhaus gesprochen usw. – all die Dinge vorangebracht werden, die natürlich zum öffentlichen Leben mit dazugehören und die sollen unsere Stadt, Sie haben es so schön gesagt, lebenswert machen, so dass die Leute dann auch hier bleiben.

Also geht es letztendlich, dass ist der Widerspruch, den ich nicht ganz verstehe, geht es darum, den gesetzlichen Rahmen zu erfüllen? Dann bleibt uns eigentlich überhaupt nichts anderes übrig als jetzt – und nur ausschließlich die Brandschutzsicherung in den Schulen zu machen – oder geht es darum, abzuwägen und dann bitte sehr, dann bauen wir die Aula.

Herr Lange

Frau Brederlow.

Frau Brederlow

Also, zunächst mal die Brandschutzmaßnahmen, die Dr. Meerheim genannt hat, ist nur ein Teil der Wahrheit. Natürlich haben wir einen ganzen Teil an grundsätzlichen Sanierungen an Schulen auch vorgesehen, wo der Brandschutz mit enthalten ist. Also das darf man dabei auch nicht außer Acht lassen. Das Gleiche gilt auch für die vorgesehenen Stark III-Maßnahmen.

Wir haben auch an vielen Stellen in diesem Jahr im Haushalt – ich sage jetzt mal „lediglich“ – Planungsleistungen drin und Umsetzungen dann für die Folgejahre geplant. Auch das ist, darf man nicht außer Acht lassen. Und, also die Summe ist schon deutlich höher, als diese 1 Komma noch was Millionen.

Es ist etwas, was wir als Stau in Halle seit vielen, vielen Jahren – ich kann fast sagen, über ein Jahrzehnt – vor uns herschieben. Wir haben uns jetzt seit letztem Jahr oder seit zwei Jahren dran gemacht, hier tatsächlich den Sanierungsstau in den Schulen ernsthaft in Angriff zu nehmen. Und das man das nicht alles auf einmal erledigen kann, ist auch klar. Und dass wir Fördermaßnahmen mit nutzen müssen als Stadt, ist glaube ich, auch Jedem bewusst.

Wir können nichts dafür, dass das Stark III-Programm sich über solange Zeit hingezogen hat und das wahrscheinlich damit Bewilligungen erst Ende des Jahres zu rechnen ist. Also das ist nun mal eine Situation, aus der kommen wir nicht mehr raus. Und ernsthaft können wir auch sagen – und das ist auch mehrfach in Gremien diskutiert worden – auch was die Sanierung von Schulen angeht, muss man innerhalb der notwendigen Maßnahmen auch nochmal Prioritäten setzen. Und wenn Sie sich die Schulen ansehen, die als erste hier in Angriff genommen werden, so sind es vordergründig die Schulen, die aus den 70iger, 80iger Jahren stammen. Also die Schulen in den Neubaugebieten, wo wir das größte Problem haben, mit den Kopfräumen. Das muss man auch deutlich sagen. Andere versuchen wir schon zu schieben.

Herr Lange
Herr Senius.

Herr Senius

Lieber Herr Oberbürgermeister. Sie sind für mich immer widersprüchlicher in Ihrer Widerspruchs begründung. Auf der einen Seite argumentieren Sie gerade, das Sie auch eine Aula wollen, dann argumentieren Sie, dass die Schule eigentlich schon eine Aula hat und sagen zum Dritten, Sie hätten auch noch eine Kompromissidee, die Sie allerdings nicht preisgeben. Ich will es jetzt nicht weiter bewerten dieses Verfahren. Es spricht für sich, wie Sie sich aufstellen. Ich komme bloß ins Grübeln, ob ich Ihrem Wort in den nächsten Haushaltsgesprächen noch Vertrauen schenken darf.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Senius, wenn Sie ansetzen, hört sich das immer gut an, aber wenn Sie aus dem Wortlaut heraus zitieren und unterschiedliche Sätze, dann würde ich Sie bitten, auch das was dazwischen, die Wörter und Sätze, die dazwischen sind, auch mit zu benennen.

Herr Lange
Herr Häder.

Herr Häder

Herr Oberbürgermeister, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren.
Mich schmerzt diese Diskussion aus mehrererlei Gründen, die ich auch gleich näher erläutern will. Zum einen könnte ich sagen, hätten wir es nicht gesagt in der letzten Sitzung, was passiert. Und genau das ist passiert. Wir zeigen mal wieder deutlich die Kompromissunfähigkeit zwischen Rat und Verwaltung, ohne dass ich jetzt irgendjemand die Schuld dafür in die Schuhe schieben will.

Wir, es tut mir weh, wenn dann gesagt wird, der Stadtrat hätte eine ernsthafte Abwägung getroffen. Die haben wir nicht getroffen. Wir haben nicht gesagt, ist es wichtig, die Brandschutzmaßnahme zuerst zu machen oder diese Aula zu bauen. Wir haben einfach mehr Geld zur Verfügung gestellt und haben gesagt, also das, was an Brandschutz gemacht werden sollte, das wird auch gemacht und wir machen die Aula.

Da ist aber eher das Problem, wenn ich gucke, wo kommen die Gelder her. Die Gelder kamen eigentlich auf eine Idee unserer Fraktion, die in die Sanierung von Schulen gesteckt werden sollten, um da die baulichen Zustände zu verbessern. Herr Dr. Meerheim, Sie gucken jetzt so kritisch. Es ging konkret um die Auenschule, wo eigentlich angedacht wurde, so in etwa 2 Millionen an zusätzlichen Mitteln zur Verfügung zu stellen.

Das wurde dann dankbar von den anderen Fraktionen dann verwandt für die Aula, weil die Rufe in dem Moment recht laut waren. Und dass wir im Prinzip mit dieser Idee, die eigentlich im Prinzip – was ich jetzt immer noch ernsten Gewissens behaupten würde – ein viel dringlicheres Problem gelöst hätte, jetzt um diese Aula zu diskutieren, ist natürlich auch schade.

Es geht nicht darum, ob diese Aula wichtig ist. Aber es geht schon darum, wann diese Aula da sein muss. Und haben wir dieses Problem nicht an vielen anderen Stellen und wäre es nicht eine Lösung gewesen, ich glaube, in der letzten Stadtratssitzung war so der Vorschlag, wir versuchen das erstmal weitestgehend in diese Planung einzubeziehen und wenn, dann eventuell die Grundstücksverkäufe realisiert sind, macht man es dann auch.

Auf diesen Kompromiss konnte sich die Mehrheit des Stadtrats oder wollte sich die Mehrheit des Stadtrats mit dem Oberbürgermeister nicht einigen und ich finde es wirklich schade, dass wir jetzt wieder eine Diskussion führen und dann gespannt zum Landesverwaltungsamt gucken, wie die dann nach den Erfahrungen gefühlt, in einem halben Jahr darüber entscheiden.

Was dann danach passiert, wissen wir auch noch nicht, weil natürlich der Oberbürgermeister auch eine Vielzahl anderer Möglichkeiten hat, im laufenden Haushaltsvollzug sowas zu verhindern. Und ich denke, der Sache tun wir damit keinen Gefallen, dass es jetzt so läuft, wie es läuft und damit natürlich auch eine gewisse Unzufriedenheit in der Bevölkerung schüren, weil wir einfach wirklich beweisen, dass keine Kompromissfähigkeit mehr gegeben ist in vielen Punkten.

Herr Lange

So. Herr Senius hat nochmal die Möglichkeit zu sprechen, weil er vom Oberbürgermeister direkt angesprochen wurde.

Herr Senius

Ich glaube, die Logik Ihrer Argumentation sollte uns nachlesbar sein, deshalb beantrage ich ein Wortprotokoll, zumindest für diesen Punkt.

Herr Lange

Das müssen Sie dann sowieso schriftlich bitte machen.
Herr Krause möchte nochmal sich äußern und dann Herr Wend.

Herr Krause

Ich mache es ganz kurz, weil schon vieles gesagt worden ist. Herr Häder, ich möchte nur eines richtig stellen. Möglicherweise haben Sie keine vertiefte Abwägung getroffen, wir haben es getan. Denn diese ganze Frage der Brandschutzsicherung ist nicht etwa eine Sache, die gerade jetzt zu den Haushaltsdiskussionen aufgeplopt ist, sondern wir führen diese Diskussionen, ging immer um 3 Millionen, 3,4 Millionen, ganz unterschiedlich wie die Jahresscheiben zum Teil waren, die führen wir schon seit vielen Jahren.

Und es ist einfach von der Logik so, und da bitte ich den Herrn Oberbürgermeister auch nochmal in sich zu gehen und nachzudenken an der Stelle. Es wird nie der richtige Zeitpunkt sein, eine Sondermaßnahme, ein Sonderprojekt zu machen, wenn man solche schwierigen Geschichten – zugegebenermaßen schwierigen Geschichten – wie zum Beispiel Gefährdung an Schulen (Brandschutzmaßnahmen) immer vor sich her schiebt wie eine Bugwelle. Und 40 Millionen Euro ist eben ein großer Berg, der sich nicht ohne weiteres von heute aus überschauen lässt.

Allerdings muss man sagen, damit machen Sie eine klare Aussage. Wir schieben die ganze Sache auf St. Nimmerleinstag und das kann auch keine Antwort sein. Sie stellen in Aussicht, das Sie sagen, ja man könnte sich unterwegs mal einigen. Wir hatten eigentlich angenommen, dass wir uns im Rahmen der Haushaltsdiskussion geeinigt hatten. Sie haben zugestimmt und da gab es keinen Kommentar von Ihnen, dass Sie da in irgendeiner Form Bedenken haben und wir haben sozusagen tatsächlich alles nochmal sauber durchdekliniert, was da an Positionen – gerade in dem Bereich – wie entstanden ist.

Das ist für mich schon wichtig, dass nochmal zu rekapitulieren an dieser Stelle. Ich kann Ihnen nur sagen: Diese Aula soll ja entstehen für mehr als – Sie zitieren hier 200 qm – mehr als 200 Schüler oder 300 Schüler. Diese zweite IGS soll mal 1000 Schüler haben. Und weiteres Argument möchte ich Ihnen noch sagen, dass das nicht unwichtig ist.

Eine der wichtigsten Entwicklungspunkte in einem Stadtgebiet ist zum Beispiel eine Schule. Diese Aula hätte über dem normalen Schulbetrieb noch eine weitere Funktion für die gesamten gesellschaftlichen Aktivitäten im ganzen Umfeld, das macht schon Sinn, sich diesem Projekt nochmal in einer ganz anderen Art und Weise zuzuwenden.

Und deswegen nochmal der Appell an Sie. Überlegen Sie nochmal genau, ob Sie den Widerspruch aufrechterhalten. Wir glauben, die Voraussetzungen sind gegeben. Wenn Sie das nicht glauben würden, hätten Sie uns nicht das Angebot eben gerade auch nochmal gemacht, sich zu einigen und darüber zu reden. Da müssen ja gewisse Voraussetzungen schon gegeben sein. Also ich kann Ihnen nur sagen, alle die hier sitzen, oder die meisten jedenfalls, sehen das auch so. Und man kann denen nicht allen unterstellen, sie hätten sich nicht ausreichend mit der Sache auseinandergesetzt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Krause. Eben haben Sie es genau auf den Punkt gebracht. Mit der Bezeichnung „Sondermaßnahme“ machen Sie deutlich, dass es in der Tat eine Sondermaßnahme ist. Nämlich, man kann sogar fast sagen, eine Luxusmaßnahme. Weil, die Schule hat eine Aula, wie ich eben auch dargestellt habe und Sie gehen darüber hinaus.

Sie bezeichnen das als Sondermaßnahme und jetzt geht es natürlich darum, zu fragen, ist diese Maßnahme zum jetzigen Zeitpunkt im Haushalt notwendig. Und Sie wissen, dass – bevor wir Investitionen einstellen können und auch ausführen können – muss diese Notwendigkeit haushalterisch belegt sein. Und Sie wissen auch, dass ich dann, wenn das nicht gegeben ist und die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind, Sie wissen, dass ich verpflichtet bin, Widerspruch einzulegen. Also komme ich meiner gesetzlichen Pflicht nach. Und ich bin, um das nochmal deutlich zu machen, gern dafür, dass wir versuchen, in irgendeiner Weise eine Argumentation für einen Kompromiss zu finden, deshalb werde ich mich mit der Schule unterhalten.

Was Sie machen können ist ja, Sie können ja sagen, der Widerspruch liegt Ihnen vor und wir vertagen den Tagesordnungspunkt. Das wäre ja eine Möglichkeit oder eine Chance. Aber wenn Sie durchstimmen, ist es halt so, dann müsste ich meiner gesetzlichen Pflicht auch nachkommen. Aber ich möchte sagen, Sie haben es treffend bezeichnet. Eine Sondermaßnahme ist eine zusätzliche Maßnahme. Erst müssen alle Notwendigkeiten an allen Schulen durchgeführt werden.

Und an dieser Stelle muss man sagen: Diese Schule kriegt 6 Millionen Euro bereits, damit hier der Umbau und die Brandschutzmaßnahmen durchgeführt werden. Das, was Sie machen wollen, ist ein Zusatz, ein Plus und dann muss auch erstmal geguckt werden, wie ist das in anderen Schulen. Es müssen Vergleiche hergestellt werden. Ich bin bereit, und deshalb bin ich dafür, auch so zu verfahren, wie Sie es vorgeschlagen haben, dass wir hier versuchen, einen Kompromiss zu finden, der den haushaltsrechtlichen Anforderungen entspricht.

Herr Lange

Herr Dr. Wend.

Herr Dr. Wend

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Als erstes möchte ich auf Herrn Häder antworten.

Herr Häder. Wenn Sie einen Oberbürgermeister haben, der mit dem Kopf durch die Wand will und wir das nicht akzeptieren und Sie mir dann Kompromisslosigkeit unterstellen, dann finde ich das schon ein dickes Ding. Wir haben hier viele Kompromisse gemacht und es ist Sinn und Zweck eines kommunalen Parlamentes sich im Wettstreit der Argumente auf

Kompromisse zu einigen. Das nehmen Sie bitte zurück. Ich bin kompromissbereit, das habe ich schon in vielen Bereichen gezeigt.

Das dieser Streit jetzt auf dem Rücken der Schüler ausgetragen wird, ist schade. Aber sekundär hat es einen guten Effekt, sekundärer Krankheitsgewinn. Diese Art, die der Oberbürgermeister hier demonstriert, trägt ja dazu bei, dass ja denn, was von den Mitarbeitern der Verwaltung so begeistert aufgenommen wird, bei uns führt es zu ganz viel Sitzschweiß, weil viele Dinge nicht erledigt werden. Aber es führt nicht nur dazu, es führt auch dazu, dass zum Beispiel Kosten entstehen.

Ich möchte mal nur daran erinnern, Moritzburgmuseum. Ja, Kopf durch die Wand. Nein, wir müssen das alles nicht bezahlen. Nach einem großen Rechtsstreit wird doch gezahlt, so sieht es aus. Und was wir hier erleben, ist ja nur die Spitze eines Eisberges. Was darunter ist an vielen Dingen, wo der oberste Verwaltungsbeamte kompromisslos sich über Interessen und wohlgesetzten Interessen hinwegsetzt, das kriegen wir teilweise gar nicht mit.

Herr Oberbürgermeister, es ist ganz einfach. Ziehen Sie Ihren Widerspruch zurück. Diskutieren Sie mit der Schule einen guten Kompromiss aus, sind wir sofort dabei, gar kein Problem. Aber wir lassen das nicht zu, dass Sie einfach Ihren Willen durchsetzen auf den Rücken der Schüler, da machen wir nicht mit. Danke.

Herr Lange

Frau Dr. Brock und dann Herr Krause.

Frau Dr. Brock

Die Argumente werden nicht besser, je häufiger sie wiederholt werden. Letzten Endes ist der Oberbürgermeister jederzeit frei durch den Haushaltsbeschluss, den wir gemeinsam gefasst haben, das Geld auch freizugeben. Und es geht eben gerade nicht darum, die Aula bereits zu bauen, sondern in die laufende Planung zu integrieren 2017, um nicht dann irgendwann mal später etwas Zusätzliches investieren zu müssen, um dann noch diese Planung aufzusetzen. Um nicht mehr geht es, diese Planung zu integrieren. Jetzt ist der sinnvolle Zeitpunkt dafür. Der OB ist frei, die Mittel frei zu geben, unabhängig von diesem Widerspruch oder nicht. Hoffen wir einfach darauf, dass es da noch eine sinnvolle Lösung gibt und ansonsten denke ich mir, ist alles gesagt.

Herr Lange

Gleichwohl hat Herr Krause die Möglichkeit sich noch zu äußern.

Herr Krause

Das geht auch ganz schnell. Das Wort Sondermaßnahme habe ich deswegen benutzt, Herr Oberbürgermeister, weil sie es zur Sondermaßnahme gemacht haben. Sie haben, als wir im Haushalt darüber diskutiert haben, nicht interveniert und der Vorsitzende des Stadtrates hat Sie gefragt, weil Sie ganz nebenbei eine Bemerkung gemacht haben bei einer Veranstaltung, dass Sie dem nicht folgen wollen. Daraus ist eigentlich dieser Beschluss erst entstanden.

Ich will mal daran erinnern. Wir waren eigentlich ursprünglich davon ausgegangen, dass Sie dem Haushaltsbeschluss folgen. Das ist sozusagen die Historie dieser ganzen Geschichte. Und es hat schon so seine Qualität, dass alle Fraktionen im Stadtrat sich dann darauf verständigt haben, einen Antrag einzubringen zur Klarstellung, dass dies ein klarer Auftrag ist, der eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist. Darauf bezieht sich das Wort Sondermaßnahme, auf nichts anderes, was Sie da hinein interpretiert haben sonst.

Herr Lange

Frau Ernst, bitte.

Frau Ernst

Ich würde an der Stelle gern nochmal auf das Protokoll zur entsprechenden Stadtratssitzung im Dezember hinweisen. Dort ist auch klar festgehalten, wie die Finanzierung der Aula erfolgen sollte, nämlich an dem Verkauf von Grundstückserlösen. Und das, Herr Meerheim, Sie sagten vorhin, das ist im Haushalt nicht dokumentiert, das ist im Protokoll klar festgehalten.

Herr Lange

Ok. Gut. So. Das haben wir jetzt auch nochmal zur Kenntnis genommen.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, dann können wir abstimmen.

Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Das ist eine klare Mehrheit.

Die Gegenstimmen. Die Stimmenthaltungen. Dann ist das bei einigen Stimmenthaltungen und einer Gegenstimme mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dass im Rahmen der vorgesehenen Sanierung des künftigen Schulstandortes der „Zweiten Integrierten Gesamtschule Halle“ in der Ingolstädter Straße 33 ein neuer Anbau einer Aula mit Mehrzwecknutzung zu berücksichtigen ist.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das Projekt Aula-Anbau in die laufenden Planungen zu integrieren.

zu 8.2 Antrag der Fraktionen des Stadtrates Halle (Saale) zur Änderung der Stadtratsgeschäftsordnung Vorlage: VI/2017/02781

Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Lange

8.2 Antrag der Fraktionen des Stadtrates Halle (Saale) zur Änderung der Stadtratsgeschäftsordnung.

Das ist nochmal geändert worden nach der Diskussion im Ausschuss und ich sehe jetzt keine, doch, ja, Herr Schreyer möchte nochmal Stellung nehmen.

Herr Schreyer

Ja, vielen Dank.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Teil von Ihnen hatte ja bereits Gelegenheit in der letzten Hauptausschusssitzung mit der Verwaltung hier zu diesem Antrag in Meinungsaustausch zu gehen, in Folge dessen ist der Antrag nochmal geändert worden. Auch in der geänderten Fassung wird in die Rechte des Oberbürgermeisters eingegriffen.

Ich darf nochmal auf den Obersatz, der Ihnen allen bekannt ist, zur Geschäftsordnung hinweisen. Mit der Geschäftsordnung regeln Sie Ihre inneren Angelegenheiten. Das heißt, Sie können keine neuen Verpflichtungen, insbesondere für den Oberbürgermeister, begründen. Das tun sie aber hiermit. Denn auch in der geänderten Fassung verpflichten Sie den Oberbürgermeister mit den Berichterstattungen und den Präsentationen als schriftliche

Informationsvorlage vor der Feststellung der Tagesordnung bei Ihnen vorstellig zu werden. Und das ist eine Festlegung zur Art und Weise, wie der Oberbürgermeister seine Unterrichtungspflicht, die ihm nach dem Kommunalverfassungsgesetz obliegt, nachzukommen hat. Und das obliegt halt nicht dem Stadtrat, das festzulegen, sondern das ist allein Sache des Oberbürgermeisters, ob er dieses mündlich oder schriftlich tut.

Wenn Sie dieses mit einer Geschäftsordnungsregelung festlegen, greifen Sie insoweit in seine Rechte ein. Daran ändert sich auch nichts, wenn Sie die Formulierung „in der Regel“ wieder mit aufnehmen, denn an dem Grundsatz, dass diese Verpflichtung dann in der Geschäftsordnung festgeschrieben sein würde, würde das im Ergebnis nichts ändern.

Vielen Dank.

Herr Lange

Gut.

Zwischenrufe

Herr Lange

Eine Auszeit, wie viele Minuten? 10 Minuten? 3 Minuten.

Und wer trifft sich?

Zwischenrufe

Herr Lange

Fraktionsvorsitzende. Alles klar, dann machen wir das.

dreiminütige Auszeit

Herr Lange

So meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung fort.

Es gab eine kurze Verständigung und Herr Wolter hat das Wort.

Herr Wolter

Ja, im Namen aller Fraktionen stelle ich den Antrag auf Vertagung auf die nächste Hauptausschusssitzung und bitte dort um eine Wiederbehandlung. Und im Vorfeld würde ich die Verwaltung bitten, das, was jetzt gerade uns mündlich erreicht hat – wir hatten ja eigentlich uns verständigt, dass wir uns damit nochmal befassen können, auch wenn es da immer Verständnis gibt, für kurzfristige Informationen – würden wir natürlich die Verwaltung bitten, das schnellstmöglich uns schriftlich zuzuarbeiten, damit wir darauf nochmal reagieren können. Und eventuell unseren Antrag dann vor der nächsten Hauptausschusssitzung auch schon geändert in der gemeinsamen Abstimmung dann rechtskonform vorlegen, damit wir natürlich nicht in die von uns auch akzeptierten und hoch geehrten Rechte des Oberbürgermeisters eingreifen.

Herr Lange

Gut. So, also der Punkt soll vertagt werden auf die nächste Sitzung und auch nochmal im Hauptausschuss besprochen werden, hier bitten wir dann die Verwaltung das entsprechend mit auf die Tagesordnung zu nehmen und ich sehe hierzu keine weiteren Wortmeldungen.

Gibt es Widerspruch dagegen? Gibt es Stimmenthaltungen? Dann ist es einstimmig so vertagt.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der
Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM
in den
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

§ 1 Absatz 2 der „Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse“ wird geändert und erhält folgende Fassung:

§ 1 Abs.2 Einberufung, Einladung, Teilnahme

„Die für die Sitzungen des Stadtrates erforderlichen Unterlagen sind grundsätzlich beizufügen, wenn nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner dem entgegenstehen. Sollen Satzungen und Verordnungen, einschließlich Gebührenordnungen, behandelt werden, sollen diese vollständig beigefügt werden. Verträge, Jahresabschlüsse und ähnlich komplexe Unterlagen, für die der Stadtrat zuständig ist, sind dem Stadtrat zum frühestmöglichen Zeitpunkt, unabhängig von der Beschlussvorlage, vorab zur Bearbeitung zuzuleiten. Tischvorlagen sind grundsätzlich unzulässig. **Berichterstattungen, und Präsentationen und andere Mitteilungen der Stadtverwaltung zu allen Tagesordnungspunkten im öffentlichen und nicht öffentlichen Teil sind *in der Regel* als schriftliche Informationsvorlagen **spätestens vor der Feststellung der Tagesordnung einer Sitzung** vorzulegen und im elektronischen Ratsinformationssystem einzustellen.“**

zu 8.5 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bereitstellung einer öffentlichen Toilette im Bereich des Saalestrandes auf der Ziegelwiese**
Vorlage: VI/2017/02701

Frau Dr. Brock zeigte sich positiv über die Entwicklung der Diskussionen bis hin zu einer Lösung. Die Toilettencontainer vom Laternenfest auch danach zu nutzen, begrüßte sie. Die Fraktion sieht dies als ersten Schritt in der Stadt, diese Situation familien- und tourismusfreundlich zu regeln.

Herr Stäglin meinte, man hätte dieses Thema schon bei den Haushaltsberatungen regeln können. Der Testlauf mit einem Dixi in Heide-Süd hat funktioniert und wird in diesem Jahr fortgeführt. **Herr Stäglin** begrüßte es, dass man sich an der Ziegelwiese auf die Containervariante geeinigt hat. Bei einer mehrmaligen Reinigung pro Woche geht er von Kosten in Höhe von 10.000,00 € aus, wenn keine Anbindung an die Abwasserversorgung besteht.

Herr Krause wies die antragsstellende Fraktion darauf hin, dass dieses Thema in die Haushaltsplanung hätte einfließen können. Da noch mehr Toiletten aufgestellt werden sollen, führt das zu einem weiteren Aufwuchs.

Frau Dr. Brock sagte, dass sie das Thema in der Beratung zum Haushalt 2017 angesprochen hat. Über einen Antrag wird sie sich für 2018 verständigen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Zeitraum Mai bis August 2017 saisonal eine möglichst vandalismussichere Toilettenanlage für eine öffentliche Nutzung in der Nähe des Saalestrandes auf der Ziegelwiese aufzustellen.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 9.2 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Verlängerung der Schleusenzeiten auf der Saale **Vorlage: VI/2017/02878**

Herr Scholtyssek sagte, die Saale ist auch touristisch sehr interessant und dazu gehört auch die Saaleschiffahrt. Um diese attraktiver zu machen, sollten die Schleusenzeiten erweitert werden. Der Oberbürgermeister soll mit diesem Antrag bei seinen Verhandlungen mit dem Schifffahrtsamt oder dem Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt die Unterstützung des Stadtrates haben.

Frau Ernst berichtete, dass der Saalestammtisch sich bereits vor März mit diesem Thema befasst hat. Auf Grundlage von Gesprächen konnten bereits Sonderschleusen im April erreicht werden.

Herr Aldag begrüßte den Antrag und bestätigte die Aussagen von Frau Ernst. Er wird auch auf Landesebene tätig werden und eine mündliche Anfrage stellen. Des Weiteren würde er gern das Schreiben des Oberbürgermeisters an die Schifffahrtsbehörde sehen. Er fragte, welche Unterstützung die Stadt der Behörde darin angeboten hat.

Frau Ernst sagte, dass die Stadt angeboten hat die Schleusen über ehrenamtliche Initiativen zu unterstützen. Die Städte Merseburg, Leuna und Bad Dürrenberg wurden zudem vom Land zum Thema angefragt, die Stadt Halle allerdings nicht. Die Verwaltung hat sich mit der Stadt Merseburg abgestimmt und wird eine entsprechende Stellungnahme für die Beratung im Wirtschaftsausschuss des Landes zur Verfügung stellen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt mit den zuständigen Stellen in Verhandlungen über verlängerte Schleusenöffnungszeiten zu treten.

zu 9.3 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Errichtung eines innenstadtnahen Parkhauses **Vorlage: VI/2017/02847**

zu 9.3.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Errichtung eines innenstadtnahen Parkhauses **Vorlage: VI/2017/02927**

Herr Bernstiel befürwortete ein weiteres Parkhaus in der Nähe der Spitze, um eine Fahrt durch die Innenstadt zu vermeiden. Viele neue Bauprojekte und der Verlust von Parkplätzen durch das Stadtbahnprogramm machen ein vorausschauendes Denken notwendig.

Er verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung und in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

Herr Eigendorf sagte, der Reiz, bei Parkdruck ein neues Parkhaus zu bauen, ist groß, allerdings bei der aktuellen Flächensituation unangebracht. Aus diesem Grund stellte seine Fraktion einen Änderungsantrag. Es sollen vorher alle Instrumente und Maßnahmen ausgeschöpft werden, um Parkmöglichkeiten zu finden.

Herr Feigl teilte mit, dass er ähnlich wie Herr Bernstiel den Bedarf an mehr Parkplätzen sieht. Einen Bau eines Parkhauses kann er allerdings nicht nachvollziehen, das Klimaschutzvorhaben würde dadurch negativ beeinflusst werden. Da bei Neubauten die Verkehrsorganisation nachzuweisen ist, ist dies kein Argument. Seine Fraktion will den Verkehr anders aufstellen, u. a. durch die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs und durch den Umbau der Stadt, um alles fußgerecht und ohne großen Aufwand zu erreichen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
durch Geschäftsordnungsantrag
der CDU/ FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
und
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit dem Parkdruck in der südwestlichen Altstadt durch die Errichtung eines Parkhauses an hierfür geeigneter Stelle begegnet werden kann.
2. Der Prüfung unterzogen werden soll die Realisierung eines solchen Projektes (inkl. der zu erwartenden Kosten) sowohl durch Dritte als auch in Eigenregie der Stadt Halle (Saale).
3. Das Prüfergebnis nebst Handlungsvorschlag ist den Fachausschüssen bis zum 01. November 2017 zur Beratung vorzulegen.

zu 9.3.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Errichtung eines innenstadtnahen Parkhauses
Vorlage: VI/2017/02927

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
durch Geschäftsordnungsantrag
der CDU/ FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den

Beschlussvorschlag:

1. ~~Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit dem Parkdruck in der südwestlichen Altstadt durch die Errichtung eines Parkhauses an hierfür geeigneter Stelle begegnet werden kann.~~ **Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern es zu einer erhöhten Parkbelastung aufgrund der sich verändernden baulichen Situation in der Innenstadt (z.B. Neubau Finanzamt an der Spitze) kommt und in wieweit die Bewältigung einer möglichen Mehrbelastung für Anwohner wie Gäste durch die Instrumente der „Grundsätze der Verkehrsorganisation“ sowie der „Verkehrskonzeption Altstadt“ abgebildet ist. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen welche geeigneten Maßnahmen bestehen, dem allgemeinen Parkdruck in der Innenstadt zu begegnen.**
2. Der Prüfung unterzogen werden soll die Realisierung eines solchen Projektes (inkl. der zu erwartenden Kosten) sowohl durch Dritte als auch in Eigenregie der Stadt Halle (Saale).
3. Das Prüfergebnis nebst Handlungsvorschlag ist den Fachausschüssen bis zum 01. November 2017 zur Beratung vorzulegen

**zu 9.4 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Erweiterung des städtischen Gremiums „Runder Tisch Radverkehr“
Vorlage: VI/2017/02848**

Herr Bernstiel erinnerte an Diskussionen aus dem vergangenen Jahr zu dem Thema „Runder Tisch motorisierter Individualverkehr“. Aus der Verwaltung heraus kam zu dieser Zeit der Vorschlag kein neues Gremium einzuberufen, sondern den bestehenden „Runder Tisch Radverkehr“ umzubenennen in „Runder Tisch Verkehr“ und dort weitere Teilnehmer einzuladen. In der Stellungnahme der Verwaltung heißt es nun zum aktuellen Antrag, es ist ein rechtswidriger Eingriff. Des Weiteren werden die Themen Individualverkehr und Fußgänger im vorhandenen Gremium nicht beleuchtet. Er wollte wissen, was für Gründe dagegen sprechen.

Frau Krimmling-Schoeffler sagte, dass die Situation durch eine Umbenennung des „Runder Tisch Radverkehr“ nicht verbessert wird. Das wichtigste ist das Wort „Rad“ und nicht „Verkehr“; zu überdenken wäre das Thema „Mobilität“ insgesamt.

Herr Dr. Wend berichtete von der Gründung des „Runden Tisch Radverkehr“, welcher sich vierteljährlich treffen soll, an dem sich die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs mit Vertretern der Stadtverwaltung über spezielle Themen des Radverkehrs verständigen. **Herr Dr. Wend** meinte, der Autoverkehr ist in der Stadt extrem bevorzugt, will aber die Sorgen der Autofahrer aufnehmen. Seine Fraktion verwies den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten, Ausschuss für Stadtentwicklung, Ausschuss für Planungsangelegenheiten und in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

Herr Stäglin zitierte aus der Stellungnahme zum Antrag der Stadträte Christoph Bernstiel und Andreas Scholtyssek (beide CDU/FDP-Fraktion) zur Gründung eines Runden Tisches

„motorisierter Individualverkehr“: „Die Verwaltung schlägt vor, den Arbeitskreis „VEP Halle (Saale)“ zwei Mal im Kalenderjahr zu Themen der städtischen Mobilität im Allgemeinen und den Fragen des motorisierten Individualverkehrs im Besonderen einzuladen.“ Das ist etwas anderes, als den „Runder Tisch Radverkehr“ zu erweitern. Zum Arbeitskreis VEP gehören unter anderem die Vertreterinnen und Vertreter aus den Stadtteilen und aus den zu Verkehr aktiven Initiativen; dieser tagt regelmäßig.

Herr Rupsch hätte sich eine Stellungnahme des Fuß- und Radverkehrsbeauftragten gewünscht. Seine Fraktion wird dem Antrag auch nach den Beratungen in den Ausschüssen nicht zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
durch Geschäftsordnungsantrag
der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten,
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten,
Ausschuss für Stadtentwicklung
und
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung

Beschlussvorschlag:

1. Der Teilnehmerkreis des Gremiums wird erweitert. Dazu werden in Zukunft Vertreter von Verbänden, Vereinen und Interessengruppen, welche sich direkt mit dem Verkehrswesen im Stadtgebiet auseinandersetzen und davon betroffen sind, geladen.
2. Das Gremium trägt in Zukunft den Namen „Runder Tisch Verkehr“.

**zu 9.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung
Vorlage: VI/2017/02879**

Frau Ranft führte kurz in den Antrag ein. Sie sagte, sie sieht diese Planung als gutes Arbeitsmittel für Eltern, Räte und die Verwaltung. Die Aussagekraft der Planung muss dringend konkreter sein.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

In der jährlich vorzulegenden Beschlussvorlage zur Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) wird ab dem Jahr 2018 eine einrichtungsgenaue Betrachtung vorgenommen. Dazu werden folgende zusätzliche Informationen für jede Betreuungseinrichtung dargestellt:

- betreute Altersgruppe
- Kapazitäten laut Betriebserlaubnis
- Kapazitäten laut Bedarfsplanung
- Abweichungen von Bedarfsplanung (genehmigte Überkapazitäten)
- belegte Plätze (1. Januar/1. April/1. Oktober des Vorjahres)

- Fachpersonal (1. Januar/1. April/1. Oktober des Vorjahres)

Bei der Betrachtung der Horteinrichtungen sind die Schüler*innenzahlen der entsprechenden Schulen mit darzustellen.

zu 9.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beteiligung am Bundeswettbewerb "Klimaschutz durch Radverkehr"
Vorlage: VI/2017/02882

zu 9.6.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beteiligung am Bundeswettbewerb „Klimaschutz durch Radverkehr (Vorl.-Nr.: VI/2017/02882)“
Vorlage: VI/2017/02898

Herr Aldag sprach über den Aktionsplan Klimaschutz 2020 der Bundesregierung zur Umsetzung der Klimaschutzziele des Klimagipfels in Paris. Dabei geht es unter anderem um die Maßnahme der klimafreundlichen Gestaltung des Personenverkehrs. Ein Schwerpunkt ist der Rad- und Fußverkehr, welcher die Schadstoffimmissionen deutlich senken kann. Um die Menschen zum Radfahren zu motivieren, sind die Qualität und die Quantität der Radverkehrsanlagen ausschlaggebend. Um Mittel für die Infrastruktur zu akquirieren, könnte eine Möglichkeit die Teilnahme am Bundeswettbewerb „Klimaschutz durch Radverkehr“ sein.

Ziel der Fraktion ist die Teilnahme der Stadt an diesem Wettbewerb. Die Verwaltung sollte im Vorfeld drei Projekte vorschlagen und die Eigenmittel dafür im Haushalt 2018 einstellen. **Herr Aldag** meinte, der Änderungsantrag des Oberbürgermeisters schwächt den Antrag seiner Fraktion.

Herr Stäglin begründete kurz den Änderungsantrag des Oberbürgermeisters; ein Dissens zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist nicht gegeben. Die Stadtverwaltung möchte prüfen, ob es passende Projekte gibt und dann die Bewerbung für den Wettbewerb einreichen.

Frau Krimmling-Schoeffler teilte mit, dass ihre Fraktion den Antrag unterstützen wird.

Herr Feigl machte noch einmal deutlich, wie wichtig die Beteiligung am Bundeswettbewerb „Klimaschutz durch Radverkehr“ ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung des Änderungsantrages. Diesem wurde mehrheitlich zugestimmt.

Im Anschluss bat **Herr Lange** um Abstimmung des so geänderten Antrages.

zu 9.6.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beteiligung am Bundeswettbewerb „Klimaschutz durch Radverkehr (Vorl.-Nr.: VI/2017/02882)“
Vorlage: VI/2017/02898

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadt Halle (Saale) prüft für das Jahr 2018 eine Beteiligung am Wettbewerb des Bundesumweltministeriums „Klimaschutz durch Radverkehr“ mit dem Ziel einer finanziellen Förderung eines modellhaften investiven Projekts.
Über das Prüfergebnis wird der Stadtrat bis Juni 2017 informiert.

**zu 9.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beteiligung am Bundeswettbewerb "Klimaschutz durch Radverkehr"
Vorlage: VI/2017/02882**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadt Halle (Saale) prüft für das Jahr 2018 eine Beteiligung am Wettbewerb des Bundesumweltministeriums „Klimaschutz durch Radverkehr“ mit dem Ziel einer finanziellen Förderung eines modellhaften investiven Projekts.
Über das Prüfergebnis wird der Stadtrat bis Juni 2017 informiert.

**zu 9.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Transparenz von städtischen Grundstücksgeschäften
Vorlage: VI/2017/02886**

Frau Dr. Brock stellte den Inhalt des Antrages Ihrer Fraktion dar.

Herr Krause meinte, seine Fraktion wird den Antrag unterstützen. Sie wollen aber über die Parameter, die veröffentlicht werden sollen, noch einmal diskutieren. Aus diesem Grund verwies er im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**
durch Geschäftsordnungsantrag der
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Bei Vorlagen/Anträgen betreffend Grundstücksan- und Grundstücksverkäufe werden künftig in die jeweiligen Beschlussvorschläge wesentliche Angaben zum zu kaufenden bzw. zu verkaufenden Grundstücksobjekt (Grundbuchangaben zu Flur und Flurstücken, Adresse, Flächengröße), der durch die kommunale Bewertungsstelle ermittelte Wert sowie der vorgesehene Kaufpreis aufgenommen. Der nicht öffentlich gefasste Beschluss wird grundsätzlich im Rahmen der Bekanntgabe in der nächsten ordentlichen Sitzung veröffentlicht. Ausnahmen von der Regel einer öffentlichen Bekanntmachung aus Gründen des öffentlichen Wohls oder aufgrund berechtigter Interessen Einzelner sind den Mitgliedern des zuständigen Gremiums im Einzelfall darzulegen.

**zu 9.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erhöhung der Mittel für die Jugendarbeit
Vorlage: VI/2017/02862**

Frau Dr. Schöps führte kurz in den Antrag ein und bat um ein positives Votum.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Jugendhilfeausschuss.

Frau Dr. Brock verwies im Namen ihrer Fraktion den Antrag ebenso in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Herr Dr. Wend sagte, seine Fraktion wird den Antrag unterstützen, dieser müsste aber inhaltlich aufgefüllt werden. Die Verweisungen befand er für sinnvoll.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**
durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Jugendhilfeausschuss
und
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Strategie zu entwickeln, mithilfe derer die Anhebung der Mittel für die Jugendarbeit auf 115 EUR pro Einwohner unter 21 Jahren ab dem Jahr 2019 realisiert werden kann.

zu 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 10.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Vergabeverfahren der Stadt
Vorlage: VI/2017/02855**

Die Beantwortung erfolgt im Stadtrat April.

**zu 10.2 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung Schülershof und
angrenzender Bereiche
Vorlage: VI/2017/02856**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.3 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Parkplatzangebot in der Stadt Halle
(Saale)
Vorlage: VI/2017/02871**

Die Beantwortung erfolgt im Stadtrat April.

**zu 10.4 Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDUFDP-Fraktion) zu
Reisebusparkplätzen im Stadtgebiet**

Vorlage: VI/2017/02850

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.5 Anfrage des Stadtrates Ulrich Peinhardt (CDU/FDP-Fraktion) zur Analyse von Wegebeziehungen
Vorlage: VI/2017/02870**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.6 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Tätigkeit der Schiedsstellen
Vorlage: VI/2017/02858**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.7 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Zukunft der Garagenkomplexe auf städtischem Grund
Vorlage: VI/2017/02859**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.8 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Kulturtreff Halle-Neustadt
Vorlage: VI/2017/02872**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.9 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Forsteinrichtung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2017/02873**

Die Beantwortung erfolgt im Stadtrat April.

**zu 10.10 Anfrage des Stadtrates Sten Meerheim (Fraktion DIE LINKE) zur Installation einer Elektroanlage
Vorlage: VI/2017/02874**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.11 Anfrage der SPD-Fraktion zu LQE-Verhandlungen und dem Betrieb von

Kindertagesstätten
Vorlage: VI/2017/02779

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.12 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einrichtung weiterer Coworking Spaces
Vorlage: VI/2017/02876

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.13 Anfrage der SPD-Fraktion zur verkehrlichen Situation in Heide-Süd
Vorlage: VI/2017/02877

Herr Koehn fragte, ob die Verwaltung 2018 eine neue Verkehrszählung in Halle-Süd durchführen kann, da die letzte von 2013 ist. Es gab einen Verkehrsaufwuchs in den Wohngebieten und der Gimritzer Damm ist gesperrt.

Als zweites fragte **Herr Koehn** zur Einführung einer Verkehrsberuhigungszone im südlichen Teil der Yorckstraße. In der Antwort der Stadtverwaltung wurde auf den Paragraphen 45 der StVO und der Verwaltungsvorschrift verwiesen. Er bat um schriftliche Antwort.

Herr Senius fragte, wann voraussichtlich die Prüfung für eine Fußgängerüberquerung an der Blücherstraße/Yorckstraße abgeschlossen sein wird. Des Weiteren geht er davon aus, dass die Verwaltung eine klare Antwort zu der Frage „Tempo 30“ gibt.

Herr Stäglich sagte eine schriftliche Beantwortung der Anfragen zu.

zu 10.14 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Parksituation im Bereich Schülershof und Zapfenstraße
Vorlage: VI/2017/02883

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.15 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bedarfslage Hospize
Vorlage: VI/2017/02887

Die Beantwortung erfolgt im Stadtrat April.

zu 10.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Teilnahme am Landesprojekt "Integrationslotsen"
Vorlage: VI/2017/02875

Herr Hellmich fragte, ob es schon ein Konzept zum Thema „Integrationslotsen“ gibt und falls nicht, sollte eine Einbindung des entsprechenden Fachausschusses und des Stadtrates erfolgen.

Herr Paulsen antwortete, dass das Konzept erarbeitet ist und jetzt in die Feinabstimmung geht. Wenn diese erfolgt ist, wird der Antrag beim Land eingereicht werden.

**zu 10.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Fahrradparken am Hauptbahnhof
Vorlage: VI/2017/02881**

Herr Rupsch fragte, ob es einen Zeitrahmen für das Vorhaben „Fahrradparken am Hauptbahnhof“ gibt.

Herr Stäglin sagte, dass in der öffentlichen Beigeordnetenkonferenz verabredet worden war, dass mit dem Blick auf Fördermittelgeber vor der Sommerpause ein konkreter Zeitplan diskutiert werden soll.

**zu 10.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Parkbevorrechtigungen für Hebammen und Entbindungshelfer
Vorlage: VI/2017/02884**

Frau Dr. Brock fragte nach, wie die vergleichsweise hohe Gebühr von 180,00 € für die Parkvorbereitung für Hebammen und Entbindungshelfer zustande gekommen ist.

Frau Ernst sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**zu 10.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Fahrgastzahlen der HAVAG
Vorlage: VI/2017/02885**

Herr Rupsch brachte sein Unverständnis zum Ausdruck, weil für den Nahverkehrsplan die Fahrgastzahlen der HAVAG nicht vorliegen, die aber wichtig sind. Er fragte, ob es für diese Diskussion fundiertes Material gibt.

Herr Stäglin sagte, dass der Nahverkehrsplan mit entsprechenden notwendigen Unterlagen und Informationen geführt werden soll. Es gibt Unterschiede zwischen Unternehmensdaten und Material für einen Nahverkehrsplan.

Herr Rupsch fragte, warum die Auslastung der Linien im öffentlich finanzierten Nahverkehr nicht bekannt gegeben wird.

Herr Stäglin erklärte, dass es sich um eine Wettbewerbssituation handelt. Mit der Perspektive einer Direktvergabe zu dem Thema gibt es eigenwirtschaftliche Anträge. Die Daten sind sehr sensibel zu behandeln. Zur Diskussion des Nahverkehrsplanes wird nach einem Modus gesucht.

Herr Rupsch bat darum, die Diskussion nicht nur auf die Aussichtsrate zu beschränken, sondern auch in den Ausschüssen in nicht öffentlicher Sitzung zu besprechen.

**zu 10.20 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu
Standplätzen auf dem Marktplatz
Vorlage: VI/2017/02861**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.21 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu
unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden
Vorlage: VI/2017/02864**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.22 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur
Wiederaufforstung der Dölauer Heide
Vorlage: VI/2017/02865**

Die Beantwortung erfolgt im Stadtrat April.

**zu 10.23 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur ASD-
Personalsituation
Vorlage: VI/2017/02866**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.24 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum
Rannischen Platz
Vorlage: VI/2017/02867**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.25 Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zum Bau von Moscheen
Vorlage: VI/2017/02851**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.26 Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zu einer Bürgerversammlung im
Südpark
Vorlage: VI/2017/02852**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 **Mitteilungen**

zu 11.2 **Herr Rothe zum Catering**

Herr Rothe, Sekundarschule Am Fliederweg, informierte, dass aus dem Erlös der Einnahmen eine Fahrradtour für die Kinder und Jugendlichen organisiert wird.

zu 12 **mündliche Anfragen von Stadträten**

zu 12.1 **Anfrage Herr Schied zur Realisierung von Parkplätzen**

Herr Schied fragte, wie der aktuelle Realisierungsstand der Parkplätze am Sparkassen-Eisdom ist.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass derzeit genug Parkplätze zur Verfügung stehen und mit dem Ausbau neue entstehen werden.

Herr Lange sagte, dass bei Spitzenspielen das Stadtviertel überparkt ist.

zu 12.2 **Anfrage Frau Hinniger zur Ampelanlage Magdeburger Straße/Anhalter Straße**

Frau Hinniger wies darauf hin, dass sich keine zweite Ampel für Linksabbieger an der Kreuzung Magdeburger/ Anhalter Straße befindet. Dadurch müssen Fahrzeuge immer eine Autolänge vor der Haltelinie anhalten, um die Ampel, welche sich über der Fahrbahn befindet, zu sehen.

Sie fragte, welche Möglichkeit besteht, eine weitere Signalanlage für die Linksabbieger an der Kreuzung zu installieren.

Frau Ernst antwortete, dass man sich die Situation vor Ort ansehen und das Ergebnis mitteilen wird.

zu 12.3 **Anfrage Frau Krimmling zur Nutzung von Park-and-Ride-Plätzen**

Frau Krimmling bat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Kapazitäten weisen die vorhandenen P+R-Plätze in der Stadt Halle (Saale) auf? Wie werden diese im Tagesverlauf genutzt?
2. Wie könnte die Hinweisbeschilderung zur P+R-Plätzen verbessert werden?

Frau Ernst antwortete, dass im Rahmen des Baustellenmanagements die Parkplatzauslastung überprüft wurde und das Ergebnis zur Verfügung gestellt wird.

zu 12.4 Anfrage Herr Scholtyssek zur Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 34 "Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost"

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Lange

Herr Schachtschneider hat eine Frage gestellt...Nein, Herr Scholtyssek, Entschuldigung, hat eine Frage gestellt und die trägt er jetzt vor.

Herr Scholtyssek

Ich werde sie nicht wortwörtlich vorlesen, das würde zu lange dauern. Ich fasse es zusammen.

Es geht um ein Thema, was heute auch in der Zeitung thematisiert wurde, das ist der PostTurnSportverein, der Standort Delitzscher Straße/Grenzstraße. Da wird ja gerade der Bebauungsplan aufgestellt, die 155 ist es, und jetzt findet auch eine Flächennutzungsplanänderung dazu statt. So, das Ganze soll nicht als Sportfläche deklariert werden sondern als Gewerbegebiet. So. Und es wird dann in dem B-Plan in der Begründung, ziemlich weit hinten ausgesagt, der Fachbereich Sport lehnt aus diesem Grund eine entsprechende Festsetzung im B-Plan ab, da die Sportflächen für das Sportflächenangebot in Halle nicht zwingend erforderlich sind.

Da möchten wir gerne wissen, wer diese Aussage in der Stadtverwaltung getätigt hat. Der zuständige Fachbereich war das anscheinend nicht.

Damit zusammenhängend die Frage, ob es im Zuge der Offenlage des Planes irgendwelche Einwände gab, speziell dieses Thema betreffend.

Dann argumentiert die Verwaltung, dass das dort als Gewerbegebiet eingestuft werden muss, damit auch ein eventueller Kunstrasenplatz gebaut werden kann. Das ist auf einer Sportfläche wohl nicht zulässig. Deswegen die Frage, sind der Verwaltung Pläne zur Errichtung eines Kunstrasenplatzes auf dem Gelände bekannt?

Die vierte Frage, wie beurteilt die Verwaltung die Zukunft der Fläche, Teilfläche 6 betrifft das, hinsichtlich der Nutzung durch den PostTurnSportverein Halle e.V.?

Frage fünf, gab es hinsichtlich einer zukünftigen Nutzung der Teilfläche TF6 Gespräche zwischen Nutzer, Verwalter und Eigentümer?

Und die sechste und letzte Frage, hat der Eigentümer ein Übernahmeverlangen gegenüber dem Nutzer oder der Stadt Halle angezeigt.

Herr Lange

Herr Stäglin kennt sich mit langen Anfragen aus und würde da mal antworten.

Herr Stäglin

Zur ersten Frage, es gab im F-Plan Änderungsverfahren keine Einwände, im B-Plan Änderungsverfahren zwei. Die befinden sich im Moment in der Abwägung.

Die Vorlage aus der Sie zitieren, ist ein Entwurf und wir haben festgestellt, dass im Diskussionsprozess dieses Entwurfes gegebenenfalls eine Formulierung missverständlich

aufgenommen wurde und daher das von Ihnen auch in der Anfrage fett gedruckte als Aussage so wiedergegeben wurde. Natürlich kämpft ein Fachbereich Sport um jeden Quadratmeter Sportfläche. So, das zu dem Thema.

Die Aussage wird bei der abschließenden Vorlage, an der wir jetzt arbeiten, korrigiert, weil es sich dort ja um den Punkt alternativen handelte. Die Begründung hat die Stadtverwaltung verfasst.

Zu drittens, konkrete Pläne für einen Kunstrasenplatz gibt es nicht, ist der Verwaltung nicht bekannt. Aus den Diskussionen in den Gremien wissen Sie, dass es immer um die Option, die Möglichkeit für die Zukunft gab, für die diese Auswahl gedacht war.

Zu viertens, die Frage der Zukunft der Fläche des PostTurnSport Vereins ist aus planungsrechtlicher Sicht, unabhängig davon wie sie ausgewiesen ist im Status quo und ausgewiesen werden soll, nicht das Hauptentscheidende, sondern hier ist insbesondere das Verhältnis zwischen Verein und Verpächter entscheidend. In der jetzigen Situation wäre eine Entwicklung der Fläche nach § 34 zu betrachten und da Sie auch wissen, aus dem Flächennutzungsplan keine Ansprüche Dritter abzuleiten sind, hätten wir hier trotz FNP-Grünausweisung, die Situation, dass ein entsprechender Antrag Gewerbe zu genehmigen wäre, das ist also die Situation. Hier hängt es wirklich an der Situation, Verein und Verpächter, was die Perspektive betrifft.

Gespräche mit dem betroffenen Sportverein, das ist die fünfte Frage, wurden bisher noch nicht geführt. Der Eigentümer hat sich im Zuge des Verfahrens ganz klar gegen eine Sicherung der Fläche als Sportnutzung ausgesprochen.

Zu sechstens, ein Übernahmeverlangen kann der Eigentümer erst erklären, wenn der Bebauungsplan rechtskräftig geworden ist, aber er hat jetzt schon deutlich gemacht, dass er eine mögliche Zielsetzung einer Sportflächenfestsetzung oder eine Einschränkung seiner Rechte nicht akzeptieren würde.

Herr Scholtyssek

Vielen Dank. Zur letzten Antwort würde ich gerne noch einen Wunsch äußern. Wir diskutieren ja dann den B-Plan 155 und da geht es ja auch um diesen Aspekt. Deswegen wäre es gut, wir stehen da auch unter einem gewissen Zeitdruck, der Plan muss ja verabschiedet werden, wenn Sie dann im Zuge der Diskussion dieses B-Plans alle notwendigen Informationen uns zur Verfügung stellen. Also wenn es dort ein Übernahmeverlangen geben sollte, was würde das die Stadt kosten.

Und wenn das nicht so ist, ob die Stadt eventuell Ausweichflächen zur Verfügung stellen könnte. Das spielt ja alles da mit rein, damit wir den Beschluss des B-Plans nicht noch weiter verzögern.

Herr Stäglin

Zielsetzung der Stadtverwaltung ist es, dass wir zu einer schnellen, zügigen Beschlussfassung kommen und wir werden natürlich auch in den entsprechenden Gremien die Diskussion dann noch einmal führen. Das als Antwort darauf.

Herr Lange

Gut, vielen Dank.

zu 12.5 Anfrage Frau Dr. Brock zu Weiterbildungen zum Thema Trans- und Intersexualität

Frau Dr. Brock stellte folgende Fragen:

1. Wann gab es in den vergangenen Jahren Weiterbildungen für Mitarbeiter*innen der Fachbereiche Bildung, Gesundheit und Soziales in den Bereichen:

- Geschlechtsidentitätsentwicklung im Kindes- und Jugendalter
- Trans- und Intersexualität

2. Wie viele Teilnehmer*innen nahmen an Fortbildungen zu diesen Themen teil?

Frau Brederlow bat um Spezifizierung der Recherche auf die Jahre 2015 und 2016. Sie informierte, dass durch die Stadtverwaltung keine Weiterbildungsmaßnahmen angeboten wurden. Weiterhin sagte sie, dass aus dem Fachbereich Soziales kein Mitarbeiter an externen Maßnahmen teilgenommen hat. Im Fachbereich Gesundheit und Bildung haben einzelne Mitarbeiter an externe Tagungen teilgenommen.

Frau Brederlow sagte im Übrigen eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.6 Anfrage Herr Krause zum Rettungsdienst

Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Krause

Wir fragen, oder ich frage, wie weit – mit Blick auf eine erneute Vergabe im Konzessionsverfahren – der Verwaltung die avisierte Änderung des bestehenden Gesetzes bekannt ist. Also es wird gerade im Landtag diskutiert, welche Auswirkungen hätte das Gesetz auf das derzeit angestrebte Vergabeverfahren zum Rettungsdienst in Halle/Nördlicher Saalkreis und wie ist das bei der Verabschiedung dieses Gesetzes durch den Landtag vor der Sommerpause. Wäre dann sozusagen über eine Verschiebung zu diskutieren, ist unsere Frage. Und ergibt sich möglicherweise aus Sicht der Verwaltung ein erhöhtes Klagerisiko von unterlegenen Bewerbern.

Dieses hat sich sozusagen bei uns als Frage aufgetan, nachdem wir die intensive Diskussion mitbekommen haben, in die der Landtag diesbezüglich schon eingetreten ist.

Herr Lange

Frau Ernst bitte.

Frau Ernst

Ja, zur Frage 1: Die Stadt war über den Städte- und Gemeindebund angebunden an das Thema und hat dann auch zum Referentenentwurf entsprechend Stellung bezogen. Der nunmehr eingebrachte Entwurf liegt der Stadtverwaltung seit 28. März vor. Zur Frage 2: Welche Auswirkungen? Da sieht die Stadt derzeit keine. Zur Frage 3: Inwieweit ist eine Verschiebung sinnvoll? Da rät die Stadtverwaltung ab. Die Sicherstellung ab dem 01. Januar wäre damit gefährdet, also es könnte nicht mehr gewährleistet werden. Und zu 4: Zu dem Klagerisiko kann die Stadtverwaltung im Moment keine Einschätzung abgeben. Rechtsbehelfe gegen die Ausgestaltung des Verfahrens kann die Stadt auch nicht steuern. Aber wir gehen davon aus, so wie das Verfahren vorbereitet ist, dass wir ein ordnungsgemäßes Verfahren an den Start bringen. Vielleicht so viel dazu.

Herr Lange

Bitte, Herr Krause.

Herr Krause

Die Frage 4 bezieht sich nicht auf die ordnungsgemäße Durchführung im Rahmen der Beschlussvorlage, sondern immer mit Blick auf die Gesetzgebung, ob dadurch ein erhöhtes Klagerisiko auftreten könnte, wenn wir jetzt diesen Beschluss fassen, das war sozusagen der Hintergrund. Es war nicht infrage gestellt, ob die Beschlussvorlage nicht ok wäre.

Frau Ernst

Ja.

Herr Lange

Ok. So, dann ist das ausgeräumt.

zu 12.7 Herr Borggrefe zu Immobilien des Bergzoos

Herr Borggrefe fragte, ob die Villa Seebener Str. 172 verkauft werden soll und wenn ja, ob die Existenz des Luchs-Kinos gefährdet ist.

Frau Ernst berichtete, dass zunächst geprüft wird, ob die Veräußerung von Immobilien sinnvoll und erforderlich ist. Die Stadtverwaltung und der Zoo sind daran interessiert, dass das Kino am Standort bestehen bleibt.

zu 12.8 Herr Senius zur Projektförderung kultureller Zwecke

Herr Senius fragte ob es möglich ist, die detaillierten Bewertungen der Projekte, welche mit einer hohen Summe gefördert werden, transparenter darzustellen. In den Unterlagen steht eine kurze summarische Bewertung. Es sollte nachvollziehbar sein, wie zum Beispiel die Internationalität und die Einmaligkeit bewertet wurden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand schlug eine Bewertungsrichtlinie vor, welche vom Stadtrat beschlossen werden sollte. Die Verwaltung wird diese erarbeiten und einbringen.

zu 12.9 Herr Bernstiel zur Sperrung der Bundesstraße 6

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Bernstiel

Ja, ich habe zwei Fragen. Die erste Frage betrifft die geplante Sperrung der B6 aus Richtung Burgdorf kommend. Dort konnten wir ja nun lesen, dass angeblich - deswegen frag ich es hier nach, damit wir da mal Klarheit rein bekommen - da von mehreren Monaten Vollsperrung die Rede ist. Ich kann mich erinnern, als wir das Projekt im letzten Jahr im Planungsausschuss hatten, da war da von ein bis zwei Wochen die Rede. Und ich würde jetzt gerne wissen, wie der aktuelle Stand ist. Ob wir über ein bis zwei Wochen reden oder tatsächlich über die befürchteten zwei, drei Monate, die wir jetzt nachlesen konnten.

Das wäre die erste Frage. Vielleicht erst Mal beantworten, dann würde ich die zweite anschließen.

Herr Lange
Herr Stäglin.

Herr Stäglin

Also, es ist ja eine Baumaßnahme, die durchgeführt wird durch die deutsche Bahn. Eine Kreuzungsmaßnahme, wo wir unseren Teil durch die von der Bahn beauftragten Firmen miterledigen lassen, so dass die von der Bahn beauftragten Firmen auch bei der Verkehrsbehörde die Sperrpausen beantragen und es ist, ich kann Ihnen jetzt nicht genau die Wochenzahl sagen, aber es ist eine relativ lange bis zu drei Monate gehende Sperrpause bei der Verkehrsbehörde beantragt wurden. Ja.

Herr Bernstiel

Eine kurze Nachfrage. Ist die denn schon genehmigt oder können wir darüber noch verhandeln?

Herr Stäglin

Nach meinem Kenntnisstand hat die Deutsche Bahn die Genehmigung bekommen. Es laufen, da von HEP ja das Interesse gab hier nochmal zu Verbesserungen der Lage zu kommen, gibt es wohl morgen eine Abstimmung, wo das HEP sowohl mit der Deutschen Bahn als auch Vertretern der Stadtverwaltung zusammen kommt und den beauftragten Verkehrskordinator für die Gesamtschau, um nochmal sich erklären zu lassen, welche Varianten der unterschiedlichen Durchführungen geprüft wurden. Es wurden nach meinem Stand auch Varianten wie eine halbseitige Sperrung zum Beispiel geprüft, aber aus technischen Gründen verworfen, so dass hier geguckt wird, gibt es noch ergänzende Maßnahmen die vielleicht auch noch Ergänzung der Umleitungsführung mit sich bringen können.

Herr Bernstiel

Okay. Also drei Monate Vollsperrung. Ich würde dann wenigsten darum bitten, dass Sie diese Information auch nochmal den Räten zuleiten oder zumindest dem Fachausschuss. Also diese Varianten die Sie geprüft haben, die Sie gerade besprochen haben. Und

Herr Stäglin

Herr Bernstiel, wichtig dabei wirklich ist: Wir haben eine Planung, die die deutsche Bahn durchführt. Wir haben eine Kreuzungsvereinbarung und wichtig ist natürlich alles, was jetzt kommt. Wenn es zu Veränderungen kommt, müssen wir natürlich auch vermeiden, dass nicht - ich kenn nun auch nicht die Bauauftragungssituation, was die deutsche Bahn schon jeweils beauftragt hat - dass wir da nicht in die Situation kommen, dass die beauftragten Firmen zum Beispiel Nachtragsmöglichkeiten aus Zeitveränderung oder ähnlichen bekommen. Weil das wird alles dazu führen, dass dann die Gesamtkosten steigen können und der Kostenanteil von uns prozentual natürlich zu tragen wäre.

Herr Bernstiel

Also ich merke, der Herr Stäglin hat jetzt schon Angst, dass wir intervenieren. Ich möchte einfach erst mal nur die Information und dann, dass wir uns das angucken können. Und ich denke, das sollte man ja hinbekommen.

zu 12.10 Herr Bernstiel zur Pizza-Kriminalität

Herr Bernstiel fragte, ob nachgedacht wird, die Öffentlichkeit an den Ermittlungen durch ein entsprechendes Phantombild oder ähnlichem zu beteiligen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete, dass die Polizei und die Staatsanwaltschaft diese Fragestellung bearbeiten und die Stadtverwaltung in den Vorgang nicht eingreifen kann.

zu 12.11 Herr Scholtyssek zur Spielplatzaufwertung in Halle-Süd

Herr Scholtyssek bezog sich auf den Beschluss des Stadtrates im Januar 2017. Demnach sollte bis zur Sommerpause geprüft werden, ob am Standort Herrmann-Kusseck-Straße (Heimstättensiedlung) ein Spielplatz eingerichtet werden kann. Er hat Informationen darüber, dass bereits ein Grundstück beräumt wird.

Er fragte, welche baulichen Maßnahmen auf dem Grundstück durchgeführt werden. Weiterhin fragte er, ob es bereits konkrete Planungen für den Spielplatz gibt und die Anwohner einbezogen wurden.

Herr Stäglin sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.12 Herr Scholtyssek zum Ordnungsamt

Herr Scholtyssek fragte, ob es im Ordnungsamt Einsatzregeln hinsichtlich des Abstellens von Dienst-PKWs gibt und wie die Mitarbeiter dafür sensibilisiert werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Mitarbeiter noch einmal sensibilisiert wurden. Es muss immer der gesamte Sachverhalt betrachtet werden, ein einzelnes Bild ist nicht aussagekräftig. Die Anwendung von Ausnahmegenehmigungen im Hinblick auf die StVO bedarf stets einer dienstlichen Notwendigkeit. Bei einem Verstoß muss der Mitarbeiter Stellung beziehen.

zu 12.13 Herr Scholtyssek zur Schlaglochanierung

Herr Scholtyssek fragte, wann mit der Schlaglochanierung begonnen wird.

Herr Stäglin antwortete, dass kontinuierlich Schadstellen beseitigt werden. Je besser das Wetter wird, umso mehr Schäden können behoben werden.

zu 12.14 Frau Dr. Brock zur Handlungsanleitung

Frau Dr. Brock fragte, wie der aktuelle Stand der Handlungsanleitung zu ressourcenschonenden Beschaffungskriterien ist.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass die Anleitung im Entwurf fertig ist und nächsten Monat in den Gremienlauf gebracht wird.

zu 12.15 Herr Aldag zu Baumaßnahmen an der Saale

Herr Aldag fragte, ob der Weg in den Gimritzer Park noch angelegt wird, da es sich bisher um eine matschige Fläche handelt. Welche Maßnahmen sind noch geplant und wann werden diese durchgeführt, wollte er weiter wissen.

Herr Stäglich antwortete, dass der Weg temporär ist und zurück gebaut wird.

Herr Aldag fragte, wie der Stand des Baumschutzes am Riveufer ist.

Herr Stäglich sagte diesbezüglich eine Prüfung zu.

zu 12.16 Herr Rupsch zur Übersicht der bewilligten und abgelehnten Städtebaufördermittel 2016

Herr Rupsch fragte, wann die Übersicht zu den bewilligten und abgelehnten Städtebaufördermitteln vorgelegt wird.

Herr Stäglich sagte, dass zu einer Bewilligung noch die Anhörung läuft und im Anschluss daran eine Übersicht über die bewilligten Fördermittel zusammengestellt wird.

zu 12.17 Herr Rupsch zum Nahverkehrsplan

Herr Rupsch sagte, dass in der Präsentation in der Beigeordnetenkonferenz die Beteiligung der Bürger und des Stadtrates bei der Szenarienauswahl fehlten.

Herr Stäglich antwortete dass im April/Mai eine Information gegeben wird. Im Mai soll ein Vorschlag über ein Vorzugsszenario im Stadtrat vorgestellt werden. In diesem Zeitraum soll ebenfalls die Bürgerschaft über Szenarien informiert werden.

Herr Rupsch fragte, ob die Szenarien dargestellt werden und der Stadtrat entscheiden kann.

Herr Stäglich sagte, dass die Verwaltung einen Vorschlag zu einem Vorzugsszenario machen wird und es aber auch Alternativszenarien geben wird. **Herr Stäglich** erklärte, dass die Vorlage noch nicht fertig und es schwierig ist zu erklären, wie die Struktur der Vorlage sein wird. Es wird daran gearbeitet, den Stadtratsbeschluss umzusetzen.

zu 12.18 Herr Rupsch zur geplanten Straßenbahnlinie nach Heide-Süd

Herr Rupsch bezog sich auf den Artikel im Amtsblatt, welcher über die geplante Straßenbahnlinie nach Heide-Süd informiert. Er sagte, dass er die Buslinien 37 und 38 nicht in der Übersicht findet. Seines Wissens nach fahren dort die Linien 34 und 35. Weiterhin fragte er, wie die Träger öffentlicher Belange und Anwohnerinnen und Anwohner bei der Erstellung der Machbarkeitsstudie einbezogen werden sollen.

Herr Lange wies darauf hin, dass er diese Fragen bereits im Hauptausschuss gestellt hatte.

Herr Stäglich antwortete, dass im ersten Schritt eine Machbarkeitsstudie erstellt werden soll. Sobald diese erstellt wurde, wird diese der Öffentlichkeit zur Diskussion vorgestellt.

zu 12.19 Herr Schied zur Peißnitzinsel

Herr Schied informierte, dass auf der Nordspitze der Peißnitz ein Baum quer auf dem Weg liegt. Er fragte, wann dieser beräumt wird.

Herr Stäglin bedankte sich für den Hinweis und sagte, dass er die Information an die entsprechende Stelle weitergibt.

zu 12.20 Herr Wolter zu Containern der HWS auf der Peißnitz

Herr Wolter fragte, ob und wann in diesem Jahr Container der HWS auf der Peißnitz aufgestellt werden.

Frau Ernst antwortete, dass auch in diesem Jahr die Aufstellung von zusätzlichen Containern geplant ist. Zusätzlich wird geprüft, inwiefern städtische Ordnungskräfte an den Wochenenden eingesetzt werden können.

zu 12.21 Herr Wolter zur Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Herr Wolter fragte nach, wie sich die Stadtverwaltung an den Festaktivitäten zum 200-jährigen Jubiläum der Vereinigung der Universitäten Halle und Wittenberg beteiligt. Weiterhin fragte er, ob sich der Stadtrat einbringen kann und ob es bereits konkrete Pläne gibt.

Frau Ernst antwortete, dass seit mehreren Monaten Gespräche zwischen der Universität und dem Dienstleistungszentrum Wirtschaft und Wissenschaft stattfinden. Die Stadt unterstützt bereits bei den Vorbereitungen. Weiterhin sagte sie, dass sie die zweite Anfrage als Anregung aufnimmt.

zu 13 Anregungen

**zu 13.1 Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Ergänzung des Beschlusses über die Grundsätze der Entwicklung des Hauptstraßennetzes im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans Halle 2025 (VI/2016/02350)
Vorlage: VI/2017/02863**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 13.2 Frau Dr. Brock zu Frühlingsblumen

Frau Dr. Brock teilte mit, dass ihre Fraktion Blumen als Frühlingsboten im Foyer des Stadthauses zur kostenfreien Mitnahme bereithält.

zu 13.3 Herr Aldag zur Wegeverbindung Peißnitzinsel nach Halle-Neustadt

Herr Aldag wies auf den Bereich der ehemaligen Eissporthalle hin. Es gibt dort eine offensichtliche Wegeverbindung zwischen der Peißnitz und der Blücherstraße. Es kann bereits jetzt beobachtet werden, dass die Menschen naturgemäß über die Wiese laufen.

Er regte, auch hinsichtlich des Laternenfestes an, an der Stelle temporär eine Wegeverbindung zu schaffen, damit die Wiese nicht zerstört wird.

zu 13.4 Herr Schied zur Rechtsabbiegespur Schopenhauer Straße - Ecke Reilstraße

Herr Schied regte an, dass die Stadtverwaltung sich mit dem Rechtsabbieger Schopenhauer Straße/ Reilstraße beschäftigen sollte. Dieser Bereich ist aus seiner Sicht besonders unfallanfällig. Es gab in der Vergangenheit bereits mehrere Situationen, in welchen die Fußgänger und Radfahrer von den Autofahrern übersehen wurden.

zu 14 Anträge auf Akteneinsicht

**zu 14.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in alle
Verwaltungsunterlagen zum städtischen Objekt Hardenbergstraße 23**

zu 14.2 Antrag aller Fraktionen in eine Personalakte

Die Anträge auf Akteneinsicht wurden zur Kenntnis genommen.

Für die Richtigkeit:

Hendrik Lange
Vorsitzender des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer